

Wochen

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Einschel u. Dr. Franz Ladtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1,50 Mk. Einzelnummer 20 Pf., u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeigeplatz. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Zeilenbreite 1,20 Mk.

Nr. 34. Berlin, 19. August 1932. 13. Jahrg.

Inhalt: 2. 401: Ein wichtiges Manöver; 2. 402: Politische Nachrichten; 2. 403: Politische Nachrichten; 2. 404: Die Wirtschaftspolitik; 2. 405: Die Wirtschaftspolitik; 2. 406: Die Wirtschaftspolitik; 2. 407: Die Wirtschaftspolitik; 2. 408: Die Wirtschaftspolitik; 2. 409: Die Wirtschaftspolitik; 2. 410: Die Wirtschaftspolitik.

Ein faktisches Manöver.

Am 13. August ist zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung eine Vereinbarung zustande gekommen, die sich auf dem Papier gar nicht so überlänglich ausnimmt. Die polnische Regierung hat nämlich erklärt (ebenso wie es längstcher von Seiten des Danziger Senats gelassen ist), sie sei seit Entschlossen, „jenseit in ihrer Macht liebt“, „energisches auf ihrem Gebiet gegen jede Wirtschaftspionagepropaganda vorzugehen, die gegen Danziger Wirtschaftsunternehmen und die aus Danzig kommenden Erzeugnisse gerichtet sind, sowie ein Aktivität Gebrauch zu machen, um feindliche Verbindungen über Rundschömann, die gegen Personen Danziger Staatsangehörigkeit gerichtet sind, zu verbinden“. Die polnische Regierung hat danach also versprochen, den Boykott der Danziger Erzeugnisse und Waren, den sie seit fast einem Jahre mit Hilfe ihrer amtlichen Organe durchführt und unterstützt oder zum mindesten billigt, in Zukunft zu unterlassen und zu verhindern. Was ist von einem solchen Versprechen zu halten?

Schon vor kurzem hat, wie erinnerlich, die Warschauer Regierung die importierte Wertgegenstände wieder aufgehoben, die sie Mitte Juli für die zur Einfuhr nach Polen zugelassenen Danziger Waren eingeführt hatte. Wenn sie hier die Danziger Forderung erfüllt und jetzt sogar einen weiteren Abbau der Boykottmaßnahmen in Aussicht gestellt hat, so liegt nach lange kein Grund zu der Annahme vor, daß sie nun auch ernstlich entschlossen wäre, der Freien Stadt Danzig das sich aus der Tatsache der Wirtschaftsunion ergebende, seit längerer Zeit über vornehmten Recht auf freie Belieferung des polnischen Marktes wieder einzuräumen. Wenn sich Polen hier zu einer friedlichen Seite beugen hat, so hat das wohl folgende Gründe: Einmal hat man erkannt, daß ein Boykott Danzigs auch für Polen nachteilige Folgen teils wirtschaftlicher, teils politischer Art haben kann. Die Boykottpolitik führt nämlich zwar mit Sicherheit zu dem gewünschten Ziel einer empfindlichen Schwächung der Danziger Wirtschaft, sie zwingt andererseits aber die Freie Stadt Danzig auch dazu, entsprechende Abwehrmaßnahmen zur Sicherung ihrer bedrohten wirtschaftlichen Existenz zu ergreifen. Danzig bleibt angegriffen des polnischen Boykotts nichts anderes übrig, als mit ähnlichen Mitteln, wie sie Polen anwendet, den heimischen Markt vor einer Überflutung durch erdbeerfähige polnische Produkte zu schützen und 2. engere Wirtschaftsbeziehungen mit dem Zollauslande zu suchen, um sich vom polnischen Markt möglichst unabhängig zu machen. Beides kann Polen nur unermüdet sein. Im ersten Falle würde die polnische Wirtschaft unendlich geschädigt werden, da sie mit dem Danziger Absatzmarkt einen ihrer bedeutendsten Abnehmer verlieren würde; im zweiten Falle würde eine wirtschaftliche Zerstückelung Danzigs eintreten, die durchaus nicht im Sinne der polnischen Antriebspolitik liegt. Was fernher die den Wunsch Danzigs und seiner Seebäder betriebene Boykottpropaganda betrifft, so hat es von vornherein nicht an nützlichsten polnischen Stimmen gefehlt, die die ganze, namentlich auch (staatlich präferierten) Weltmarkenenergie aufgezogene Hebe als eine bedenkliche, weil die polnischen Interessen selbst schädigende Arbeit aufgestellt haben. Es ist klar, so lagten die Stimmen, daß Polen nur ein Einfluß auf Danzig verlieren könne, wenn sich seine Leute dort nicht liegen lassen; man solle sich nicht feige verteidigen, sondern im Gegenteil in Massen nach Danzig fahren, um durch seinen Wunsch den polnischen Willen zur Einverleibung der Freien Stadt in den polnischen Staat zu dokumentieren; außerdem, so hieß es da weiter, schädige man durch

den Boykott nicht nur die Danziger Wirtschaft, sondern auch die zahlreich polnischen Deutschen- und Zehntelhaber in Danzig und seinen Bädern, die dort „auf nationalen Boykotten“ hängen. Aber die Argumente und Methoden des Weltmarkenenergies haben sich in der politischen Öffentlichkeit als unpfechtig und wirksam als diese zur Vollkommenheit, zur „sichlichen Durchbringung“ Danzigs mahnenden Stimmen erwiesen. Als Erfolg der polnischen Boykotttheorie kann festgestellt werden, daß die infolge des Zerfallens der polnischen Wirtschaft verstärkte Fremdenverkehrsverbesserung des Danziger Senats bereits jetzt zu einer so wesentlichen Hebung des Fremdenverkehrs aus Deutschland und anderen Ländern geführt hat, daß man für das nächste Jahr einen vollen Erfolg des durch den polnischen Boykott verursachten Einnahmehausfalls im Fremdenverkehr voraussetzen kann. Das hat wohl kaum in der Absicht der polnischen Boykotttheorie gelegen.

Aber diese Nachteile, die Polen aus seinem Boykott der Danziger Erzeugnisse und Waren ermaßen, sind schwerlich der eigentliche Anlaß zu der in der Vereinbarung vom 13. August bekundeten auffälligen Verbindungsabstimmung gewesen. Der eigentliche Grund scheint vielmehr die Suche vor der kommenden Wählerbündelung zu sein. Man war sich wohl im klaren darüber, daß man sich durch die systematische und schickliche Verbindung der Danziger Einfuhr nach Polen der Gefahr einer grundsätzlichen Aufrollung des Danziger Problems, nicht nur der Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Danzig und Polen, sondern gegebenenfalls auch der Grenzproblemen, ausgesetzt hat. Das aber will man unter allen Umständen verhindern. Man glaubt nun durch die Friedensgeste vom Danziger Senat die Grundlage für einen solchen Revisionserfolg entgegen zu können. Für die polnische Regierung handelt es sich bei der Vereinbarung vom 13. August um ein faktisches Manöver, das sie wohl nur so lange mitmachen wird, als es ihr notwendig erscheint, um die Aufrollung des Danziger Problems in Gang zu versetzen. Die polnische Regierung weiß aus Erfahrung, wie leicht der Wählerbund dazu zu neigen ist, selbst brandende Streitfälle als erledigt zu den Akten zu legen, wenn ihm nur irgendein auch noch so fadenfadenhaftes Verbindungsversprechen vorgesetzt wird. Noch immer hat es Polen, wenn eine Wählerbündelung bevorsteht, verstanden, in den Angelegenheiten, deren Behandlung in Gang ihm unabweisbar war, eine „Wahlversprechende“ Geschäftigkeit zu entfalten, mit der es den Wählerbund an der Nase herumzuführen hat.

Der Danziger Senat hat keinen Anlaß, sich in seinen praktischen Maßnahmen zur Sicherung der Danziger Wirtschaft durch die Vereinbarung vom 13. August betreten zu lassen. Wenn es sich der Senat z. B. zur Aufgabe gemacht hat, für die Danziger Industrieerzeugnisse neue Absatzmöglichkeiten im Zollauslande, also außerhalb Polens, zu erschließen, oder wenn er sich z. B. bemüht, durch eine verstärkte Fremdenverkehrsverbesserung in Danzig für die nach Fremdenverkehrs lebenden Gewerbetreibenden Danzigs die politischen Besucher entgegenzunehmen, so kann die polnische Friedensgeste kein entscheidender Grund für ihn sein, auf diese und ähnliche Maßnahmen, durch die Danzig als Produzent und Konsument mehr Bewegungsfreiheit gegenüber Polen erlangen soll, künftighin zu verzichten.

Fortsetzung auf Seite 402 unten.

Magistrat Elbing
20. AUG. 1932
Jedlitzki

Die polnische Aus- und Rückwanderung.

Für den Arbeitsmarkt und die Zahlungsbilanz Polens hat die Auswanderung, sei es die Saisonwanderung mit Wälfleisch des Staates eine bedeutende Rolle gespielt. Die Unmöglichkeit, bei dem geringen heimischen Kapitalmarkt die jährlich zunehmende hohe Zahl von Arbeitskräften in der eigenen Volkswirtschaft produktiv zu verwerthen, veranlaßte die polnische Regierung bereits in den Jahren 1919/20, die Auswanderung behördlich zu regeln und durch Vereinbarungen mit anderen Staaten dem Auswanderer die wichtigsten sozialpolitischen Rechte zu sichern. Derartige Abkommen wurden mit Frankreich, Österreich, Deutschland (s. S. 1927), sowie mit Kanada, Brasilien, Peru und anderen Staaten geschlossen. Als Hauptwanderungsziele kamen in Europa Frankreich und Deutschland, in übersee Kanada und Argentinien in Betracht. Die nach Frankreich wandernden Polen gingen zum größten Teil in das nordfranzösischen Industriegebiet (wobei in den ersten Nachkriegsjahren auch viele Polen aus dem Ruhrgebiet ausgewandert waren); sie gingen dorthin z. T. mit der Absicht, sich dort dauernd niederzulassen, z. T. um als Anbau- und Bergarbeiter innerhalb einiger Jahre sich eine Summe zu ersparen, die ausreichte, um sich in der Heimat eine eigene kleine Existenz zu begründen. Bei den nach Deutschland auswandernden Polen handelte es sich um landwirtschaftliche Saisonarbeiter, die sich nur für kurze Zeit in Deutschland aufhielten. Dagegen waren die in überseeische Länder gehende Polen überwiegend Dauerwanderer, d. h. solche, die sich in den betreffenden Ländern für längere niederließen. Die polnische Hofung, einen großen Teil der zur Auswanderung Drängenden nach den Vereinigten Staaten zu leiten zu können, wo sie das bereits vorhandene, nach Millionen zählende und z. T. gut organisierte Polentum (das in den Jahren 1918/19 einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ausübte) hätte verstärken können, wurde durch die amerikanischen Einwanderungsquote zerstört, durch die die auf Polen entfallende Einwanderungsquote sehr empfindlich herabgesetzt wurde. Die polnische Regierung suchte durch entsprechende Vereinbarungen mit anderen amerikanischen Staaten Ersatz für das verfallene Einwanderungsrecht der Vereinigten Staaten zu schaffen. Diese Bemühungen waren infolge der Krise, als von 1926 an eine ununterbrochene und stetig steigende Auswanderung nach Kanada einsetzte. In den folgenden Jahren wurden entsprechende, z. T. aber weniger erfolgreiche Abmachungen mit Brasilien, Argentinien und Peru getroffen.

Aber den Umfang der polnischen Aus- und Rückwanderung geben die vom polnischen Auswandereramt veröffentlichten Zahlen Auskunft. Danach war in den Jahren 1919 bis 1922 die Wanderungsbilanz für Polen aktiv, d. h. die Auswanderung aus Polen war geringer als die Rückwanderung aus dem Ausland nach Polen. Die Angaben für diese vier ersten Nachkriegsjahre können jedoch nur einen recht geringen Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben. Von 1923 an ist übermäßig die Zahl der Auswanderer diejenigen der Rückwanderer, wie aus nachfolgender Übersicht hervorgeht, deren Zahlen zwar auch in mancher Hinsicht anfänglich sind, aber immerhin eine Vorstellung vom Umfang und Richtung der polnischen Wanderungsbewegung geben:

Jhr.	Auswanderer			Rückwanderer			Saldo
	insgesamt	nicht-europ. Länd.	europ. Länd.	insgesamt	nicht-europ. Länd.	europ. Länd.	
1923	127 421	22 511	72 020	40 499	5925	34 574	- 86 922
1924	71 598	55 401	52 082	28 008	6029	1 231	- 45 985
1925	81 218	38 449	42 769	21 232	4110	8 201	- 59 986
1926	167 509	49 893	117 616	45 188	8017	49 171	- 112 321
1927	161 614	58 157	103 457	79 813	6739	73 074	- 87 801
1928	186 630	64 881	121 749	91 159	9211	67 550	- 119 080
1929	243 442	65 310	178 132	104 503	6571	97 932	- 138 599
1930	218 357	66 534	171 823	101 084	6785	93 459	- 117 303
1931	76 065	11 770	64 235	87 678	7223	80 455	+ 11 673

Demnach weist Polen von 1923 bis 1930 eine passive Wanderungsbilanz auf. In diesen acht Jahren wurden insgesamt etwa 1,25 Millionen Auswanderer, dagegen nur 0,55 Millionen Rückwanderer gezählt; es haben also in dieser Zeit der 700 000 mehr Personen Polen verlassen, als zurückgewandert sind. Die höchste Zahl der Auswanderer wurde im Jahre 1929 mit nahezu einer Viertelmillion erreicht. Von den 1,25 Millionen Auswanderern sind 856 000 in europäische Länder gegangen, d. h. nach Deutschland und Frankreich; die Auswanderung in andere europäische Länder hat jährlich nur einige tausend betragen. Dessen 856 000 Auswanderern nach europäischen Staaten stehen der 486 000 Rückwanderer aus diesen Ländern gegenüber. Das ist für Polen ein Wanderungsgewinn von etwa 370 000 Menschen. Sowohl, als auch die Auswanderung nicht um notwendige Minderheitsangehörige abhandelt hat, ist Frankreich das Land, das den Auswandererüberschuß Polens aufgenommen hat. Nach Frankreich sind z. B. in den drei Jahren 1928 bis 1930 200 133 Polen ausgewandert, jedoch nur 28 285 von dort nach Polen zurückgewandert. Demgegenüber hat Deutschland in dem gleichen dreijährigen Zeitraum 250 000 Menschen aus Polen erhalten und fast ebensoviel, nämlich 245 000, dorthin wieder zurückgeschickt. Im Verhältnis zu Deutschland hat es sich also um eine ausgeprochene

Saisonwanderung gehandelt. — Ganz anders liegen die Verhältnisse bei der polnischen Rückwanderung an der nordwestlichen Kanadas und Argentinien, dann — im weiten Abstand — die Vereinigten Staaten, Brasilien und Uruguay, sowie Palästina (jüdische Auswanderer) beteiligt sind. An der polnischen Gesamttauswanderung in den acht Jahren 1923 bis 1930 waren die nichteuropäischen Länder mit einem knapp Viertel beteiligt. Sie haben im genannten Zeitraum rd. 400 000 Auswanderer aus Polen erhalten, aber nur 50 000 Rückwanderer an Polen verloren. Fast sich fast alle im westlichen um eine Dauerwanderung gehandelt. Die nach überseeischen Ländern emigrierten Polen haben dort fast durchweg eine neue Existenz als Arbeiter oder Siedler gefunden. Nach Kanada, z. B. sind in den Jahren 1928 bis 1930 65 579 Polen ausgewandert, die Zahl der Rückwanderer hat nur 4317 betragen.

Im Jahre 1931 machte sich in der Entwicklung der polnischen Auswanderung ein (von J. 3. 1930 beginnend) fester Umlauf bemerkbar. Unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise (perpetuiert sich die Einwanderungsländer nicht nur mehr und mehr gegen die unerwünschten polnischen Zuwäher ab, sondern sie gingen auch daran, zur Entlastung ihres Arbeitsmarktes die bereits zurückgewanderten Polen wieder in die Heimat abzuführen, bzw. wanderten die Polen, um dem in der Fremde doppelt schweren Schicksal der Arbeitslosigkeit zu entgehen, freiwillig in die Heimat zurück. Zunächst legte Deutschland die Zahl der zugelassenen Saisonarbeiter im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahr erheblich herab. Dann erließ die amerikanische Regierung Maßnahmen zum Schutze des heimischen Arbeitsmarktes. Die Auswanderung nach Kanada kam fast völlig ins Stocken; auch die Vereinigten Staaten, Brasilien und Argentinien drohten die Einwanderung ab. Dadurch ging die polnische Gesamttauswanderung, die im Jahre 1930 noch 218 357 Personen betragen hatte, im Jahre 1931 auf 76 065 Personen zurück. Sie war damit um 11 673 Personen geringer als die Rückwanderung nach Polen. Seit den vorerwähnten Jahren ergeben sich folgende Aus- bzw. Rückwanderungsbilanze:

	Deutschland	Frankreich	Kanada	Argentinien	Brasilien	Palästina
1930	Auswanderung nach	77 540/86 500	16 840	13 408	6800	3430
	Rückwanderung aus	75 533	9 779	1 831	2 439	1096
1931	Auswanderung nach	42 302/28 196	1 326	4 423	1353	1111
	Rückwanderung aus	36 068/26 974	2 826	2 365	1024	151

Diese Entwicklung hat sich im laufenden Jahre noch zu erkennen gegeben. In den ersten drei Monaten des Jahres 1932 sind nur 2917 Personen aus Polen in andere europäische Länder ausgewandert, dagegen 13 559 von dort nach Polen zurückgewandert. Von diesen Rückwanderern entfallen allein 12 466 auf Frankreich, das die Polen in Massen mehr oder weniger zungewöhnlich abschiebt. In Einwanderern aus Polen nach Deutschland wurden im ersten Drittel dieses Jahres nur 81 ausgewiesen gegen 511 Personen, die nach Polen zurückgewandert sind. Polnische Saisonarbeiter sind in diesem Jahre bekanntlich nicht mehr zugelassen. Auch die polnische Auswanderung nach übersee ist nicht mehr neuensens. Von Januar bis April d. J. wurden 2643 polnische übersee auswanderer und 1451 übersee zurückgewandert gezählt. — Während Polen im Durchschnitt der Jahre 1923 bis 1930 etwa 150 000 Menschen ins Ausland (hien und damit nicht nur seinen Arbeitsmarkt) stark entlasten, sondern sich auch eine wertvolle Dividende erhalten konnte (da ja die Auswanderer jährlich viele Millionen an Ersparnissen in die Heimat sandten), ist ihm jetzt durch den Rückgang der polnischen Auswanderung ein erhebliches Aufwuchs nach geworden. Selbstauswanderer, die zum Teil völlig mittellos daliegen, aufzunehmen und zu versorgen in einer Zeit, in der es nicht mehr im entfernten in der Lage ist, die schon vorhandenen Kräfte im Produktionsprozeß unterzujagen.

Schluss von Seite 401

Ebenso wenig kann sich der Senat durch das Protokoll vom 15. August davon abhalten lassen, das authentische Sachmaterial über den Wirtschaftszustand polnischer Danzig und Polen, das ihm auf ein eingehendes Erhebungsamt hinreichend ist, dazu benutzen, mit dem Völkerbund in Bezug die juristische Schlichtung der freien Stadt durch den polnischen Boykott Danziger Waren und durch die ungenügende Überwachung des Danziger Marktes mit polnischen Erzeugnissen gründlich zur Sprache zu bringen und seine begründeten Forderungen zum Schutze der Danziger Wirtschaft zu stellen. Der Danziger Senatspräsident Dr. Tisch hat sich vor einer Überforderung der Bedeutung des polnischen Danzig, das ihm selbst die Verantwortung für die polnische Auswanderung in Danzig freimütig erklärt, daß er es nicht für möglich halte, die auf nationalem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete zwischen Danzig und Polen bestehenden Schwierigkeiten mit einem Schlag zu beheben. „Solte es nicht gelingen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwischen Danzig und Polen zu beseitigen und Danzigs Handel und Industrie lebensfähig zu erhalten, so würde nicht anders zu verfahren, als vor dem Völkerbunde das gesamte Problem Danzig von neuem aufzulegen; denn Danzig muß leben.“ Dr. R.

Polnische Feste.

Im Gegensatz zu den schwalligen Berichten, die die polnischen Regierungsbücher über das „Fest des Meeres“, das am 31. Juli in Gdingen stattfand, gebracht haben, hat die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ über den Verlauf des Festes ein recht abfälliges Urteil gefällt, sie schreibt u. a.:

„... Das Fest in Gdingen war fatal organisiert, und wenn der Regierungskommissar Sobierowski von seinem Posten aus diesem Grunde zurückgetreten ist, so kann man dies nur gutheißen, da er bei dieser Gelegenheit das Maximum seiner Unfähigkeit bewiesen hat. ... Er wollte sich berechtigt fühlen, daß man nicht daran denkt, die Stadt mit einer größeren Menge Polakien, die nicht mal mit genügend Einkommen zu versorgen. Nachdem die Leute, von Staub und Hitze ermüdet, die Verkaufsstellen und Kaffeehäuser, und schließlich auch die Kioske am Seiterausgang gelüftet hatten, lebte es schließlich an Speise und Trank. Doch schlimmer verhielt sich die Sache mit dem Nachtlager. Zum Glück war die Nacht von Sonntag zu Montag warm. Man nächtigte also unter freiem Himmel, indem man sich auf Gartenbänke, auf Rasenflächen oder sogar direkt auf den Bürgersteigen zur Ruhe legte. Aber dies alles ist noch nichts im Vergleich zu dem, was bei der Organisation des Transports rot sich ging. Auf dem Bahnhof herrschte ein tiefes Chaos. Die auf den Bahnhöfen zusammengeführten Menschen warteten Hundstunde auf die Züge, ohne nur irgend jemand Informationen über die Zeit und die Richtung der Abfahrt der Züge zu erlangen. Jeder abgehende Zug wurde wie eine Stellung geführt. Die Leute drängten sich durch die Gatter in die Wagons, krochen auf die Dächer, hielten an den Puffern. Die Mitglieder der einzelnen Organisationen, so sogar die Familien vorzieren den Kontakt miteinander, und in dem Gedränge kam vielen Personen das Sprüchlein abhand, die Kleider wurden beschädigt usw. Besonders hatten die Frauen zu leiden, so daß zahlreiche Ohnmachtsanfälle vorkamen. Es spielten sich direkt dantische Szenen ab...“

★

Im Zusammenhang mit dem „Fest des Meeres“ in Gdingen beschäftigte sich das „Winoce“, „Słowo“, ein der Regierung nahestehendes Blatt, mit der „Kata“, dem bekannten deutschfeindlichen Hefchen, in einem längeren Artikel, der vor allem den Nationaldemokraten wenig Freude gemacht haben mag: „... Die Frage, ob Vieder, die in Gegenwart des Staatsoberhauptes gefungen werden, sich dazu eignen, ebenfalls als Symbol behandelt zu werden, muß entschieden bejaht werden. Was heißt das also, daß die „Kata“ der Konopnicka mit ihrer abendlichen Wendenfeier, die sich in Gdingen abspielte, zu „Juden“ in Gdingen innerhalb des ganzen Apparates der Majestät der Republik gefungen wurde? Wir können es verstehen, daß während der groben und herozerregenden Manifestation ein Gefang notwendig war, der in einfacher und ansprechender Weise die Gefühle der Menschenaffen zum Ausdruck gebracht hätte: „Wir geben das Land nicht preis, woher wir kommen“ — dies sind sentimentale Worte, so fingen vielleicht Leute, die von Juden angegriffen werden, Schiffskarten nach Amerika zu kaufen, so finge aber nicht ein Volk, hinter dem eine staatliche Organisation, eine große Arme, Batterien von mächtigen Geschützen stehen. Freilich steht in diesen Worten nichts Unwichtiges. Dagegen beizulegen die Worte: „Der Deutsche wird uns nicht ins Gesicht spucken“ — denjenigen, die sie finge, beleidigen seine nationale, staatliche und menschliche Würde. Es liegt in der Tat etwas Pathologisches darin, daß die Leute diese „Kata“ ohne Scham, ohne Gewißheit dafür fingen...“

... Die finge, ihr Vaterland und den Staat zu erniedrigen. Und doch fangen sie in der Konopnicka einen Lob auf den Jaren. Und wenn jemand in einer für den Jaren bestimmten Hymne die Wendeung gebraucht hätte: „Wir lassen unseren Jaren nicht in die Freile schlagen“ — so würde er für diese schönen Intentionen wegen Majestätbeleidigung mit Recht ins Gefängnis spaziert sein. Kein Vieh der uns bekannten europäischen Völker enthält den Inst: „Ich werde nichts in die Freile bekommen“. Wer könnte dies wohl sagen? Die Jager in Amerika, irgendwelche Heloten, die an die Erbringung von Diensten nicht finge, irgendwelche unglücklichen Volkstämme. Und doch liegt das „Spucken ins Gesicht“ in der Konopnicka der Beleidigungen noch um einen Platz tiefer als das Schlagen in die Freile. So finge ein Volk, das in der Geschichte ein Symbol und ein Wier hat.“ — Man braucht daher polnische Selbsterkenntnis kaum etwas hinzu zufügen. Nur bemerkt man noch mehr, daß die Polen den Sieg bei Cannenberg (Grunwald) in erster Linie dem Bzraa verdanken und daß ihre „Heldenrolle“ bei der Entfugung Wars aus dem Jaren finge als eine der größten Taten der Legende die Blödsinnlichkeit ist, mit denen sie so gern den Ruhm ihrer Geschichte bestreuen.

Zwei Wochen nach dem „Fest des Meeres“, am 14. August, fand in Gdingen das alljährliche offizielle Fest des polnischen Regimes, der „Tag der Legionäre“, statt. Im Sonderjahren wurden die Legionäre über Danzig nach Gdingen befördert. Die Züge waren teilweise auch von polnischen Militärtransporten, die, wie schon oft, nicht angemeldet waren, besetzt. Die Züge waren mit Cannenberg, Jähren und Transparenzen geschmückt, mit Aufschreibern wie „Danzig war und bleibt polnisch“, „Wag mit Hitler“, „Werde dem Deutschen, wenn er die Hand nach Pommerellen ausstreckt“. Auf einem Wagen waren Soldaten angeheftet, an dem ein Nationalsozialist hing. Während des Aufenthaltes auf dem Cannenberghof wurde von Polen, die zum Teil ihre Abteile verlassen hatten und sich auf dem Bahnhof aufhielten, polnische Hefelieder gefungen und ferner auf Begeh eines in Uniform befindlichen Offiziers ein Hoch auf Marschall Piłsudski und das „polnische“ (i) Danzig ausgebracht. Auch wurden von einigen Offizieren und Soldaten Säbel, Seitengewehre sowie Pistolen vorbeständig mitgeführt. Den Beuten der Selbstpolizei wurde mit Säulen gedroht und ihnen die Junge gezeigt. — Die Legung der Legionäre war weit fächerhaft besetzt als in den vergangenen Jahren. Die Zahl der Teilnehmer wird auf etwa 10 000 Köpfe geschätzt. Über der Marschall Piłsudski wird der Ministerpräsident waren erschienen. Auch ihrer Ankunft wurden die Legionäre in Formationen zum Meeresstrand geführt. Die polnische Flotte war, wie bei dergleichen Gelegenheiten üblich, kullienförmig aufgestellt, und recht impolanten Eindruck zu machen. — Den Höhepunkt der Feiertage bildete ein Aufstoß auf dem Wiljon-Kai. Die alten Legionäre fingen aus dem Weltkrieg wurden von der Flotte mit Salafüssen begrüßt. Dann wurden die Jähren und Standarten anderer Organisationen mit der Spitze ins Wasser der Ostsee getaucht. Der Bischof von Kelm, Dr. Okoniowski, gelebte auf dem Wiljon-Kai eine Messe. Die Hauptansprache hielt General Niz Smigly, der u. a. betonte, daß die polnischen Legionäre als Träger des polnischen Nationalgedankens sich mit dem Meere vernünftig hätten und damit die Verpflichtung übernommen, bis zum letzten Ausatmen dieses sehr unpolnischen Land gegen alle feindlichen Gefüge zu verteidigen. Solche Reden ist man nun noch gar zu gewohnt.

Marschall Piłsudski war, wie erwähnt, nicht nach Gdingen gekommen. Die offizielle „Gazeta Polska“ brachte zur größten Enttäufung für die, die Ausfahrungen zu wichtigen aktuellen Fragen erwartet hatten, Erinnerungen des Marschalls bis „Anfänge der Legionen und ein Gefühlsstück, das in Gdingen des „Winoce“ auf den 1. Juni 1924 geschrieben und bis jetzt im Archiv des polnischen Generals habes aufbewahrt worden. Der Marschall führt darin u. a. aus: „... Den Deutschen sind wir sehr tief begogen. Vom militärischen Standpunkt aus gesehen waren sie gute Kameraden und behandelten uns wie Soldaten, was bei den Österreichern nicht der Fall gewesen ist. Aus diesem Grunde haben wir den Deutschen gegenüber noch politischen Gefühlsstunde aus eine Unlust gehabt, während wir uns von Österreichern als Soldaten daß empfanden hatten.“ Das war nicht ganz nach dem Geschmack der Leute, die sich in Gdingen verjammelt hatten, um dort eine antideutsche Rundgebung zu „celebrieren“.

★

Wlan der Zoppoter Waldbor.

Die Selbstliebe der Zoppoter Waldbor war dieses Jahr von besonderer Güte begünstigt. In einem fünf Aufzügenstagen ist während der Vorjahreszeit nicht ein einziger Kopf Regen gefallen. Ein solches Glück ist der Zoppoter Waldbor schon lange nicht mehr beschieden gewesen. Es liegt schon viele Jahre zurück, daß man eine ähnlich günstige Wetterkonstellation erreichen konnte. Die letzte „Vohengrin“-Aufzührung hatte einen Rekordabsatz aufzuweisen; es waren nicht weniger als 2467 Sitzplätze und 2500 Stehplätze verkauft. Diese Zahl übertrifft die der letzten Ring-Aufzührung des Vorjahres, die von 2463 Sitzplätzen und 2473 Stehplätzen besetzt war. Die Gesamtergebnisse d. h. Betrag bei fünf Aufzügen waren 21 871 und übertrifft nur die des Vorjahres, die bei fünf Aufzügen insgesamt sich auf nur 21 786 belief. Aus der nachfolgenden Tabelle sind die Verkaufsziffern der einzelnen Aufzügen und bodinter in Klammern die Vergleichsziffern des Vorjahres zu erleben:

	Sitzplätze	Stehplätze
1. Kog	2655 (2027)	1905 (814)
2. „	2367 (1801)	1718 (1158)
3. „	2115 (1840)	1582 (2129)
4. „	2567 (2033)	1997 (1709)
5. „	2467 (2093)	2500 (2154)
6. „	— (2463)	— (2475)

zusammen: 12 169 (12 257) + 9702 (9529) = 21 871 (21 786)

Trotz der höheren Besucherzahl bleiben die diesjährigen Einnahmen ein wenig hinter denen des Vorjahres zurück, weil die Preise der Sitzplätze, mit Ausnahme der billigen Kategorie, nicht so sehr, wie im Vorjahr, so sehr über den Wert hinausgehoben wurden. Einmal, mit der Zoppot zufrieden sein kann. Man sieht: Es geht auch trotz des polnischen Drogkotts!

Die Korridor-Aussprache in England und Amerika.

In einem Artikel im Londoner „Daily Telegraph“ legt der englische General Spears, dem man gute Beziehungen zu französischen Kreisen nachsagt, die Vorgesinnlichkeit Frankreichs wegen der Entschiedenheit in Deutschland dar und kommt dann mit einem Vorschlag zur Regelung der Korridorfrage heraus: Nichts, was in der Vergangenheit geschehen sei, dürfe die Mächte davon abschrecken, Deutschland Serechtigkeit zukommen zu lassen und seine berechtigten Klagen aus dem Wege zu räumen. Hierzu gehörte vor allem der Westkorridor. Der muß nicht immer wieder neu angefaßt werden, wenn Deutsche auf dem Wege von und nach Ostpreußen durch fremdes Gebiet fahren und sich den polnischen Zolluntersuchungen unterziehen müßten. So außerordentlich es vielfach auch anmuten möge, so schädlich er ein Doppelsystem von Brücken und Tunnels vor, Ostpreußen müsse durch mehrere Streifen Landes mit Deutschland verbunden werden. Polen solle den Weg zum Meer behalten und entweder durch Tunnels oder durch Brücken unter und über den deutschen Gebietsstreifen die Verbindung zu seinen einzelnen Landesteilen herstellen. Zugeständnisse seitens Polens würden auf jeden Fall lohnen, da die Freundschaft mit Deutschland wertvoll sei. Frankreich würde unvorsätzlich jeden Schritt begrüßen, der zur Zurückführung der öffentlichen Meinung und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland beitragen könnte. — Eine solche „Lösung“ der Korridorfrage mag von dem Engländer gut gemeint sein, sie trägt aber in keiner Weise der Sache Rechnung, doch dieser Straßfall nur durch klare und eindeutige Maßnahmen, d. h. durch Rückgabe des ganzen Korridorgebietes an Deutschland gelöst werden kann, wobei zu bemerken ist, daß unter Korridor nicht nur das Gebiet der heutigen Wojewodschaft Pommern zu verstehen ist.

Die polnische rationaldemokratische Presse veröffentlichte einen Auszug aus einem unter dem Titel „Deutschland“ erschienenen Buche, das von Mitarbeiter der katholischen Wochenchrift „The Commonwealth“, George M. Shuster, von Verfasser hat und in welchem dieser unter anderem auch den polnischen Zugang zum Meer, ungeschwiebig und den polnischen Charakter Pommerschen bestritt. Unter Zugrundelegung der Statistik und der deutschen Argumente weist Shuster in seinem Buch darauf hin, daß die Abtrennung der echt preußischen Gebiete von ihrem Vaterlande ein Ungerechtigkeitsakt sei. „Kein Selbstschicksal“, so führt der Amerikaner an, „müßte die Weisheit erlangen, daß die Verhältnisse, die jetzt der polnische Korridor genannt werden, in Augenblick des Überganges in deutsche Hände (1929) nur eine Wölfe gewesen sind, während sie jetzt, das heißt im Jahre 1919, als man sie zu Polen schlug, ein kulturell bewirtschaftetes Gebiet darstellen, und zwar nur dank der deutschen Arbeit.“ Die nationaldemokratische Presse ist ihrem Ausdrucks, Ausdruck, daß die polnische Fragebogen im Ausland nicht intensiver genug arbeite und daß die herovergange (2) Rede, die Deberowski kürzlich in Kauen gehalten habe, so wenig beachtet worden sei.

Auf der diesjährigen Tagung des Institute of Politics in Williamson, das sich die Erörterung aktueller internationaler Probleme an der Hand von Vorträgen von Wissenschaftlern und Sachverständigen der ganzen Welt zur Aufgabe macht, wurde die Frage des Weichkorridors behandelt. Als erster Berichterstatter trat der Historiker an der Universität in London, Coynbee, auf. Er kam zu dem Ergebnis, daß jeden-

falls die Verwaltung des Korridorgebietes Polen entsagen und daß dieses Gebiet entweder unter gemeinsamer deutsch-polnischer oder neutraler Verwaltungsoberhoheit gestellt werden müsse. Er betradet aber auch diesen Vorschlag nicht als eine endgültige Lösung, sondern als eine Regelung, die möglicherweise wenigstens eine günstiger Atmosphäre für eine Schlichtungsscheidung schafft. — Als zweiter Redner nahm Professor E. B. Baker an von der Universität Bonn das Wort. Er sagte sich dafür ein, daß das Korridorproblem im Rahmen einer allgemeinen europäischen Verständigung zur Lösung zu bringen lie, die ihren Ausgang von einer deutsch-französischen Verständigung nehmen müßte. — Den Abschluß der Erörterung brachte ein Vortrag des polnischen Pressattachés Weintal, dessen Ausführungen nur dadurch bemerkenswert sind, daß er als einziger der Redner den Boden sachlicher Diskussion verließ und in polemischer Form erklärte, Deutschland bedeme mit seiner Forderung nach einer Korridor nicht die Rückgabe des Korridors (1), sondern es wolle nur die Stabilisierung des polnischen Staates verbinden (1).

Die Erörterung des Korridorproblems im Institute of Politics in Williamson, und insbesondere der Vortrag des Londoner Professors Coynbee gaben der „New York Times“ Veranlassung, sich in einem Leitartikel auch ihrerseits mit der Frage des Weichkorridors zu beschäftigen. Das Blatt meint, Polen betrachte den Korridor als einen Bestandteil, der ihm auf Grund des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung rechtmäßig übergeben worden sei, wobei allerdings hinzugefügt werden müßte, daß im Korridorgebiet niemals eine Volksabstimmung stattgefunden habe, und daß also eine derartige polnische Behauptung gar keine rechtliche Grundlage hat. Die „New York Times“ gehen hierauf nicht weiter ein, legen aber, daß der Grundhaß der Selbstbestimmung heute nicht mehr so guten Ruf genießt wie vor fünfzehn Jahren, da man sich heute des hohen Preises der wirtschaftlichen Desorganisation bewußt sei, den man im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes bezahlt habe. Man lie, so sagt das Blatt, sich auch der Zerschlagung des europäischen Friedens bewußt, angesichts der deutschen Unruhevidenheit mit der Forderung Ostpreußens. Die ganze Welt lie heute durch das Korridorproblem in Unruhe. Polen sollte, da es so durch die Vorkonventionen geschützt sei, in der Korridorfrage den Wünschen der gemäßigten Deutschen entgegenkommen.

Die Offiziere muß baldigt abgeändert werden!

Der frühere französische Minister Georges Bonnet (der an der Louvraier Konferenz als französischer Hauptvertreter teilgenommen hat) veröffentlicht in der „Revue française“ Informationen über die polnische Frage. In dem Bericht wörtlich gesagt: „Kein Deutscher, nicht ein einziger, wird jemals die absurde Offiziersgrenze anerkennen, die Deutschland aufgerungen worden ist. Die Ungerechtigkeits ist so groß, daß eine friedliche Revision innerhalb von wenigen Jahren notwendig erscheint.“ Der damalige Außenminister hat damit nur der Überzeugung des ganzen deutschen Volkes Ausdruck gegeben. Wir hoffen, daß jede deutsche Weisheitsregierung sich auf den gleichen Standpunkt stellt, bis die Abänderung der Offiziersgrenze, d. h. die Wiederherausgabe der uns geraubten Ostgebiete, erreicht ist.

Papée und die Piffolle des Abg. Greiser.

Der nationalsozialistische Volkstagsabgeordnete Greiser, der Mitglied der Danziger Delegation des Hofenauerschulles ist, hatte unlängst im Danziger nationalsozialistischen Parteitag eine scharfe Kritik an den Zuständen im Hofenauerschulles geübt. Der polnische Berufsverband regte sich hierüber auf und verfaßte eine scharfe Resolution, in der am Schluß gebotet wurde, daß die bisherige Handlungsweise des Abg. Greiser die Zusammenarbeit mit ihm unmöglich mache und die Eventualität gemisser Zwischenfälle herausbeschwöre, für die Herr Greiser die Verantwortung tragen würde.“ Das Danziger Völkblatt, die „Gazeta Gdansk“, veröffentlichte dann am 9. August einen Artikel, in dem behauptet wurde, daß der Abg. Greiser ins Büro des Hofenauerschulles gekommen sei, um den polnischen Abg. Gurneck, dem Vorsitzenden des polnischen Berufsverbandes, zu besuchen. Er habe unter anderem gesagt: „Ich bin ein Mann der Tat. Der ist gut, der trifft vorzüglich, ich fürchte eure polnischen Redaktionen nicht, die höchstens meine Stellung im Hofenauerschulles stärken können.“ Und der polnische diplomatische Vertreter, Dr. Papée, wußte nichts Besseres zu tun, als noch am gleichen Tage — man mag es der Sachverhalt wohl geprüft haben! — an den Senat der Freien Stadt ein Schreiben zu richten, in dem er anfragte, „welche Maßnahmen der Senat zu ergreifen gedenkt, um die Sicherheit und das Leben der polnischen Beamten im Hofenauerschulles zu gewährleisten.“ In der Note wird weiter gesagt, daß, falls die Senate nicht befriedigend antworteten, sollten helfen, sich Polen an dem Hofenauerschulles der Weichkorridor werde wenden müssen, um die für das normale Funktionieren des

Apparates des Hofenauerschulles notwendige persönliche Sicherheit der polnischen Beamten zu garantieren.“

Wie liegen die Dinge? Der Abg. Greiser schilderte sie wie folgt: Gelegenheit einer Unterhaltung mit dem Hofenauerschulles Beamten einigem Herrn über technische Arbeiten habe er den polnischen Ingenieur Melodomek über die Beschäftigung des polnischen Berufsverbandes, dessen Vorstand dieser angeführt, befragt. „Ich fragte Herrn X., was denn die Polen an mir aussetzen hätten, ob sie sich im Dienst durch mich gefürchteten? Die Unterhaltung nahm dabei eine scherzhafte Wendung, und ich fragte schließlich, was denn mit der offenen Drohung der Entschädigung gegen mich gemeint sei? Ich muß hierzu bemerken, daß ich mich viel im Hofen zeige, und daß offenbar Straßungen in Gdansk sind, eine gewisse Menge in Gdansk sind, die polnischen Arbeiter in Gdansk mit sich zu führen. Es sind Äußerungen gefallen, ich sollte mich nicht mehr im Hofen lassen lassen und ähnliches. Auf der anderen Seite bin ich in den letzten zwölf Tagen wohl mindestens zweimal telephonisch oder schriftlich gemein bedroht worden. Man hat auch meine Frau und meine Kinder angerufen und hat ihnen gesagt, daß ich nicht mehr lebend nach Hause kommen würde. Aus diesem Grund habe ich eine Waffe bei mir. Im Hinblick auf diese Barkommissen habe ich auch in jener Unterhaltung erklärt, daß mich solche Drohungen, wie sie die Resolution ausprechen, nicht schrecken, und daß mich meine Haut schon zu trocken fühlen würde.“ Papée dürfte sich mit seiner vorerzählten Note wieder einmal blamiert haben.

Die deutschen Historiker und der Osten.

In den ersten Anhaltstagen fand in Göttingen der 18. Deutsche Historikertag statt. Die zuvor bekannte deutsche Historikertage sind so gefühllos und aktuelles Thema behandelt wie dieser, der völlig im Zeichen der Ostfragen stand und bewies, daß die deutschen Historiker sich ihres Wertes und ihrer Verantwortung vor dem Volke bewußt sind. Die Beteiligung aus allen Ecken des Reiches, vor allem aus dem Osten, wie aus Danzig, der Schloßholmskloster, war hoch. Von zwei Ausnahmen abgesehen, galten alle Vorträge den Fragen der Wehrwirkungen der deutschen und der slavischen Welt.

Prof. Dr. Herrmann berichtet über den Verlauf der Göttinger Tagung wie folgt: Die Ausführungen von Sulfo Cackandrag, Hannover, über die Beziehungen zwischen dem Ober-Weißel-Gebiet und Südrubland in der Eisenzeit gipfelten in dem Nachweis, daß die Fortjungsergebnisse, nach welchen die germanischen Wanderungen aus dem Ober-Weißel-Gebiet zwischen 1000 vor und 600 n. Chr. in Südrubland tief und lange nachgewirkt haben, nicht erschüttert worden sind durch die Verjüngung neuerer polnischer Forscher, welchen der slavischen Kultur nach dieser Periode und prähistorischen Funden aus der Zeit vor 1000 v. Chr. eine Verbindung herzustellen. Weit rücker tritt in dem hochinteressanten polnisch-schlesischen Aufsatz von E. G. das gleiche Ergebnis dort hervor, wo in mittelaltlicher Gegend für Fortjüngungen der polnischen Tagespolitik Stützen aus der Vergangenheit herbeigeholt werden. Hier spielt sich ein höchst bedeutsamer Teil des Ringens um die Olmücker, und niemand wird die Gefahr dieser trotz anwachsenden Literaturs verkennt, der sich erinnert, welche praktischen Erfolge die Polen dadurch erzielten, daß sie einst den Weisfaller Staatsmännern, auf deren mangelhafte historische Kenntnisse sie spekulieren durften, durch Schriften, Statistiken und Bankkarten alles Land bis zur Ostsee als ehemals polnisch hinstellten. Den deutschen Gelehrten, die in Göttingen wertvolle Fortjungsergebnisse vortragen, um ähnliche polnische Ansprüche zu zerlegen, gebührt darum lebhafter Dank. — Professor Aubin, Breslau, zeigte in seinem Vortrag über die alte deutsch-russische Grenze, wie sich, im Gegenjoch zur Westgrenze des alten Deutschen Reiches, seine Ostgrenze erst im Laufe vieler Jahrhunderte bildete, und warum sie gegenüber Polen später, langsamer wuchs, als die gegenüber Ungarn und in Böhmen. Wie auf den heutigen Tag macht sich in unserer sächsischen Grenzlinie unheimlich aus, daß seit Karl und Otto dem Großen niemals wieder die gefestigte Kraft eines deutschen Grenzschutzes im Osten eingeleitet werden konnte. — Wie sich in diesem deutsch-slawischen Grenzraum zuerst ein Nationalbewußtsein entwickelte, erzählte in wertvoller Ergänzung Aubin der Königsberger Privatdozent Dr. Malchke, dessen in Grenzgebieten offenbar sich das Gefühl des Andersseins, an dessen Schwere der eigene Name und die Erkenntnis von der Verschiedenheit der eigenen Sprache lebt, besonders stark. Die Überlegenheit, die den Deutschen ihr harter Staat, ihre höhere Kultur und vor allem ihre Sendung als Missionäre des Christentums gegenüber den heidnischen Slawen gab, führte dazu, daß die ersten literarischen Äußerungen auf der deutschen Seite zwar eine lebhaft, aber doch unpolitische Abneigung gegenüber dem Slawen zeigen, während diese mit tiefgegründeter Selbstgefühl gegen die Fremden reagieren. Mit dem Eindringen der starken deutschen Kolonialmächte in den Osten lagert sich der polnische Haß unter harter Betonung der eigenen Rationalismus, zu oft grotesken Formen, während die Deutschen sich jenseit auf ruhige Abwehr beschränken. Nicht nur das Sicherheits- und Überlegenheitsgefühl des Herrenvolkes prägt sich darin aus, sondern auch ein Unterschied im Volkarakter, der den Deutschen weniger als den Slawen geneigt macht, die Wesensunterschiede so scharf zu betonen und ihnen so feindselige Ausdruck zu verleihen. — Eine wirkungsvolle Unterhaltung zu den beiden vorausgehenden — Vorträgen bot der Vortrag von Malchke mit seinem Überblick über die Werke in den verschiedenen literarischen Vorträgen, eine Einzelheit des Slawentums zu erweilen, die durch die tatsächliche Entdeckung widerlegt werden. — Am schärfsten und unmittelbarsten in die polnische Gegenwart hinein führte der Vortrag von Prof. Recke, Danzig, über die Anfänge des polnischen Staates in der Weichselung durch die moderne polnische Geschichtsschreibung. Geradezu verblüffend ist die Konsistenz und Systematik, mit der heute die mittelalterlichen Quellen zugunsten der Ansprüche des polnischen Staates im Widerspruch mit der unbequemen aber sehr nachvollziehbaren Mittelalter der Pfaffenberiege und ihr Staat normannischen Ursprungs waren, in Anspruch nehmen, daß der polnische Staat seine Wurzeln in der Ostsee zwischen Stettin und Danzig gebot habe (!), „Das Selt des Meeres“, das die Polen in diesen Tagen so demonstrativ gezeigt haben, ist nur eine der praktischen Auswendigungen aus solcher mit vielem gelehrten Aufwand auftretender Literatur. — Aufschlußreich war der Vortrag des Berliner Professors Perle, der es unternehm, an Hand der russischen Aktienpublikation die russische Politik während des Weltkrieges zu unterlegen. Der Nachweis ist schon heute fast lückenlos zu führen, daß, abgesehen von den innerpolitischen Schwierigkeiten, Rußlands Stößen nach Beherrschung der Meerengen und dem Protektorat über die Balkanstaaten ohne Krieg gegen Österreich-Ungarn und Deutschland nicht durchzuführen war, und daß alles, was auf eine Verjüngung dieses Zusammenstoßes hinauslief, nur taktisch, nicht grundsätzlichen Erwägungen der Russen entsprang. Kennzeichnend die Politik Solomons nicht erfüllt durch Herrsch und in der Weltanschauung des Prof. Perle ist eine Deutung, die die Vermutung rechtfertigt, daß dieser russische Außenminister nach Abbruch der Moskauer Aktienpublikation neben Doinard vielleicht als der Hauptstübe am Ausbruch des Weltkrieges dastehen wird. — Eine sehr gedankreiche Auslegung von Wisnarsk Ostpolitik durch Professor Rothfels, Königsberg, beschloß die Reihe der Vorträge.

Im deutschen Osten wird mit geschäftlichen Beziehungen im Wallen gekämpft. Das war der harte Eindruck der Göttinger Tagung, und dieser Kampf wird fortgesetzt werden, wenn die deutschen Historiker 1934 in Danzig oder Königsberg wieder zusammenkommen. Vorher aber wird 1933 der Internationale Historikerkongress in Warschau stattfinden. Nachdem auf der Göttinger Tagung die nationalen und internationalen Gesichtspunkte für und gegen eine deutsche Teilnahme ausgiebig erörtert worden waren, wurde beschlossen, die endgültige Entscheidung über die Teilnahme der deutschen Historiker an der Warschauer Tagung von der politischen Lage abhängig zu machen. Zu dieser Frage ließ einige grundsätzliche Bemerkungen am Platze. Es ist von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß es der deutschen Wissenschaft unzulässig sei, sich zu einer Konferenz in ein Land zu begeben, das wie Polen gegen Deutschland eine bereit feindselige Haltung einnimmt, das die deutsche Minderheit in seinem Staatsbereich in der unzulässigen Weise in all ihren wirtschaftlichen, kulturellen, moralischen, religiösen, brennt und bedrückt, und dessen Presse und Wissenschaft sich fortgesetzt in abfälliger und oft geradezu ehrverletzender Weise über die deutsche Wehrmacht äußert, weil diese in ihrer objektiven Forschungsarbeit naturgemäß zu Erkenntnissen und Darstellungen gelangt, die für die polnische Politik nicht gerade angenehm sind. Diese Bedenken sind nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Hat doch die deutsche Wissenschaft nach dem Kriege jahrelang ihre Beteiligung an internationalen wissenschaftlichen Kongressen abgelehnt, weil es ihren Vertretern, deren sie übermäßig ungelassen wurden, schließlich unmöglich war, sich einer bahnstiefen Atmosphäre auszuweichen, die auch die wissenschaftlichen Kreise im Ausland erfaßt hatte. Diese Bedenke hätte aber sich heute von Grund aus wieder geändert. Die deutsche Wissenschaft hat durch den schärfsten Ernst ihrer Arbeit und durch die Unerschütterlichkeit ihres Urteils den Nachweis, den die Propaganda des Weltkrieges auf ihr angebracht hatte, nunmehr gemacht; und — das kommt hinzu — auch im Hinblick auf die militärischen Leistungen, die heute, wenn diese, wie es leider allzu häufig der Fall ist — internationalen wissenschaftlichen Kongressen aus wirtschaftlichen Gründen fernbleiben müssen, dort scharflich demist. In Polen freilich hat man es noch nicht verstanden, sich von dem alten Geist des Hasses frei zu machen. Etroden sind die Gründe, die für eine deutsche Beteiligung am Warschauer Geographentag sprechen, so schwerwiegend, daß sie, wenn nicht ganz besondere Ereignisse eintreten sollten, die entgegenstehenden Bedenken überwinden sollten. Denn die deutschen Historiker werden in Warschau nicht nur als Vertreter der deutschen Wissenschaft, sondern in dieser Eigenschaft zugleich auch als Schlichter des deutschen Rechts und Lebens mitentscheidend auftreten können. Denn es ist sehr wahrscheinlich, daß es auf dem Warschauer Kongress nicht an Angriffen gegen die deutsche Geschichtsforschung im Hinblick auf das historische Recht Deutschlands auf die entzerrten Gebiete fehlen wird. Da ist es notwendig, daß solchen Angriffen sofort entgegengetreten und das durch den Verbleib der Gebiete der deutschen Historiker werden die Möglichkeit zu unumkehrbar, wissenschaftlicher „Propaganda“ gegeben wird. Auch haben die Deutschen in Polen ein Recht, zu verlangen, daß sie auf einem Kongress, der sich auch mit dem Schicksal ihres Heimatlandes befaßt, von der deutschen Wissenschaft nicht im Stich gelassen werden. Wie haben es in Versailles zu unsern Schanden erfahren, welchen Einfluß die Wissenschaftler auf die Entschlüsse der Politiker ausüben vermögen. Was sollte uns eine Lehre für die Zukunft sein. Und man darf sich nicht täuschen, daß die deutsche Wissenschaft durch den Eindruck des deutschen Zusammenbruches ihre Verbundenheit mit dem Volk und dessen Ereignisaufgaben wiedergelunden hat. Man denke nur an die eben erwähnte Historikertagung in Göttingen oder an den letztjährigen Geographentag in Danzig oder an die unvollständige Tätigkeit, die die Deutsche Akademie in München erfüllt hat. Nun die Aufgabe, die der deutsche Historiker in Warschau haben, ist in vollem Umfang durchzuführen zu können ist notwendig, daß die deutsche Delegation dort unter einheitlicher Führung nach außen geschlossen auftritt, daß sie stark genug ist, um in allen Ausfällen, die gebietet werden, wirksam mitzureden zu können, und daß ihre Mitglieder Männer sind, die die Ostfragen von Grund aus beherrschen, denen alle polnischen Behauptungen geläufig sind, daß sie in der Diskussion den deutschen Standpunkt erfolgreich zur Geltung zu bringen vermögen. Es ist zu begründen, daß diese Zusammenkunft von diesem Historikertag als ein Ereignis in der deutschen Weltanschauung am Warschauer Kongress anerkannt werden muß. Daß die deutsche Wissenschaft in Warschau nicht schiedet vertreten sein wird, dessen verleiht uns das Wort, das Prof. Rothfels in seinem Vortrag über „Bismarck und der deutsche Osten“ ausgesprochen hat und das wie ein Vermächtnis über der ganzen Göttinger Tagung geklungen hat: „Im Osten gibt es für uns kein politisches und geistiges Vorkarn.“

Fehlurteil im Haag.

Der Genfer Schiedsgerichtshof hat am 11. August seine Entscheidung in der Memelfrage gefällt. Der Gerichtshof hat mit zehn gegen fünf Stimmen für Citauen entschieden. An der Entscheidung wird dem Memelgouverneur das Recht, den Völkern die Interessen des Direktoriats unter bestimmten Voraussetzungen abzulehnen, zuerkannt. Das Vertrauen des Landtags, heißt es in der Begründung, könne den Präsidenten nur so lange decken, als es sich um Angelegenheiten der memellischen Autonomie handle. Wenn der Präsident seine Befugnisse überschritten habe, könne ihn auch das Vertrauen des Landtags nicht in seinem Amt halten. Bei einem Mißbrauch des Abberufungsrechts könnten selbstverständlich jederzeit die angrenzenden Provinzen des litauischen Direktoriats unter der Führung des Gouverneurs, das sich auf die gesamte östliche Götigkeit der memellischen Behörden erstrecken sollte, in ein Gerichtshof nicht anerkannt werden. Das Kontrollrecht wird vielmehr ausdrücklich auf die Einhaltung der im Memelstatut vorgeschriebenen Zuständigkeiten beschränkt. Der Gerichtshof stellt ausdrücklich fest, daß bei Abberufung eines Präsidenten durch den Gouverneur die anderen Mitglieder des Direktoriats in ihren Ämtern bleiben.

Die Frage, ob die Abberufung des Präsidenten Böttcher durch den Gouverneur Merkus im Februar d. J., die den ganzen letzten Memelkonflikt heraufbeschworen hat, zu Recht erfolgt ist, hat der Haager Gerichtshof bejaht. Er begründet diese Auffassung damit, daß Böttcher ohne Wissen der litauischen Regierung in Verhandlungen mit der Regierung eines fremden Staates (?) eingetreten sei, ohne Rücksicht darauf, daß nach dem Memelstatut nur die Organe Citauens berechtigt seien, beratende Verhandlungen zu führen. Durch diese Aktion habe der Präsident Böttcher seine Befugnisse überschritten. Das Gericht hielt sich weiter auf den Standpunkt, daß eine Rechtspflicht des Gouverneurs, sich vor der Ernennung des Präsidenten durch Verhandlungen mit der Mehrheitspartei des Vertrauens dieser Parteien zu vergewissern, nicht bestehe. In der Frage der Landtagsauflösung ist das Gericht der Auffassung, daß der Gouverneur nach dem Memelstatut zwar im Einverständnis mit dem Direktorium den Landtag auflösen könne, daß es sich dabei aber um ein Direktorium handeln müsse, das wenigstens einmal das Vertrauen des Landtags befaßt habe. Das heißt: Der Gouverneur Merkus habe das Recht gehabt, den Großrat zum Sinuat zum Präsidenten zu ernennen; er habe aber nicht das Recht gehabt, den Landtag, der Sinuat sein Vertrauen erteilt hat, aufzulösen.

Entgegen dieser Entscheidung des Gerichtshofes haben die Vertreter Deutschlands, Italiens, Spaniens, Hollands und Rubas ein Sonderprotokoll abgegeben, das der deutschen Auffassung der Rechtslage im Memelreit mehr gerecht wird. Sie vertreten den Standpunkt, daß nach der ausdrücklichen Vorschrift des Artikels 17 des Memelstatuts nur ein Mitglied des Sinuats dem Landtag das Amt des Präsidenten einverleihen kann und daß es sich um eine organisierte Mehrheit des Memelstatuts handle, die im Interesse der Autonomie die

schärfste Form des parlamentarischen Regimes eingeführt habe. Diese Auffassung des Memelstatuts werde auch durch die Entstehungsgeschichte der Bestimmungen gerechtfertigt. Die Worte, welche das Statut darauf hin, daß es bei dem Charakter des Memelstatuts als einer vertragsmäßig vereinbarten Verfassung für das Memelland in möglich sei, aus dem Begriff der litauischen Souveränität neue Kompetenzen für den Gouverneur abzuleiten, von denen das Memelstatut nicht nur nichts enthalte, sondern die sogar zu seinem Wortlaut im Widerspruch ständen.

In dem Haager Rechtsstreit war bekanntlich nicht Deutschland der Kläger, sondern die vier Signatarmächte des Memelstatuts hatten die Klage gegen Citauen vor den Gerichtshof gebracht. Citauen hatte zunächst den verzweifelten Versuch unternommen, die Zuständigkeit des Haager Gerichtshofes anzupfeifen. Schon aus diesem Versuch geht hervor, wie gering man in Romna selbst die Aussichten einschätzte, daß vor dem internationalen Gericht belähen zu können. Es liegt auf der Hand, daß bei der Memelentscheidung (ähnlich wie im September v. J. bei der Entscheidung über die österreichisch-deutsche Collision) nur andere als nur rechtliche Überlegungen und Argumente den Ausschlag gegeben haben. Diese Ansicht erscheint um so mehr begründet, als v. D. der englische Vertreter sich noch vor zwei Monaten über die Zuständigkeit des Memelgouverneurs wesentlich anders geäußert hat, als es jetzt in der Entscheidung zu sehen ist. Citauen hat die Sache meistens ungenügend abgeschlossen, als es selber erachtet hat. In Romna beruht dabei über die Haager Entscheidung eine Freude. Man sieht in ihr die rechtliche Grundlage für manche Eingriffe in die memellische Autonomie, die man sich bisher nur aus sich selbst erlaubt hatte, aber im Grunde doch für unerlaubt halten mußte. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Haager Entscheidung der Ausgangspunkt neuer Kämpfe um die Rechte des Memellandes sein wird. Die Entscheidung hat die Gläubiger, die Merkus, dem Initiator des letzten Memelkonflikts, vor litauischen Anstalten zugegangen sind, und daß das litauische Regierungsblatt jetzt von „Berständigung“ spricht. Die Haager Entscheidung, so schreibt das Blatt, müßte auch Deutschland zu der Einsicht bringen, daß Citauen nicht der barbarische Nachbar sei, wie das in der deutschen Öffentlichkeit während des jetzigen Memelreitens wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist. Citauen habe nie irgendwelche schändlichen Absichten gegen Deutschland gehabt, sondern wolle nach wie vor im stillen Einvernehmen an dem Ausbau der friedlichen Beziehungen mitarbeiten. Wiewohl v. D. die gewalttätige Wegnahme des Memellandes als „Mitarbeit am Ausbau friedlicher Beziehungen“ gesehen sein soll, bleibt allerdings das Geheimnis des litauischen Regierungsorgans. Man kann die Freude der Citauer über den Schiedsprotokoll vollkommen verstehen, da man im Haag ja geglaubt hat, sich über die eindeutige Deutschumsbekanntnis, das die Memelentscheidung bei den Verbänden vom 4. August gebracht hat, einfach hinweggehen zu können. Gerade dieses Bekanntnis aber macht es Deutschland unmöglich, sich widerspruchslos einer Entscheidung zu fügen, die das Memelland noch mehr als bisher der Willkür einer feindselig gesinnten Regierung ausliefert.

Der Bauernaufstand in Ostgalizien.

Drei Wochen lang, vom 21. Juni bis 10. Juli d. J. dauerte in den jüdischen Kreisen Ostgaliziens, Wislo—Turka—Sanok, eine große Aufstandsbewegung der mokratischen Bauern gegen das polnische Regime. Die Zahl der Aufständigen betrug nahezu 10000. Von polnischer Seite wurden mehrere Kompanien Infanterie, 500 Polizeibataillone und 4 Militärfregatten mit Maschinengewehren gegen die Aufständigen eingesetzt. Die polnische Regierung gab sich große Mühe, die Katastrophe des Aufstandes durch unklare, nichtisagenbe Reize zu verhindern und durch herbeizuführen der Aufstandsbewegung vor der breiten Öffentlichkeit geheimzuhalten. Erst die Verhandlung vor dem Ausnahmegericht lieferte teilweise das Geheimnis dieser schweren, blutigen Unruhen. In einem ersten Kommuniqué wird als Ursache des Aufstandes die Empörung und Aufbebung der mokratischen Bauern gegen die von der polnischen Regierung im Jahre 1906 eingeführte „Arbeitsstelle“ angegeben. Das „Arbeitsfeld“ sollte darin bestehen, daß die Bauern der genannten Kreise notwendig einen Tag in der Woche ohne Entgelt und bei eigener Verpflegung beim Bau staatlicher Straßen arbeiten sollten.

Der Aufstand nahm seinen Anfang in einer Gemeinde des Kreises Wislo, wo sich die Bauern gegen die Einführung des „Arbeitsfeldes“ auflehnten und gegen die polnische Polizei die Waffen erheben, eine feindselige Haltung einnahmen. Als die polnische Polizei die Freilassung der Verhafteten ablehnte, kam es zwischen ihr und den Bauern zu einem erbitterten Kampf, wobei mehrere schwerverletzte Bauern auf dem Kampfplatz blieben. Ähnlich spielten sich die Ereignisse in einigen Nachbargemeinden ab. In einer dieser Gemeinden kamen die Bauern der Polizei, die im Pfarrhaus Hundgranaten und Kränzengranaten deponiert hatte, zuvor. Etwa 1400 Bauern überfielen das Pfarrhaus, entlockten die Polizisten, beschlagnahmten die Hand-

granaten und die Kränzengranaten und setzten die Polizisten gefangen. Als Polizeikräfte einer benachbarten Polizeistation anrückten, begannen sie blutiger, den ganzen Tag andauernder Kampf. Um den Bauernaufstand niederzumerren, wurden in das Aufstandsgebiet mehrere Polizeibataillone, einige Kompanien des 2. Infanterie-Regiments und vier mit Maschinengewehren ausgerüstete Militärfregatten entsandt. Daraufhin brachten aus allen Nachbargemeinden 6000 Bauern, Männer und Frauen, bemannete mit Senzen, Sägen und Hugelbeilen und hielten sich der beratenden „Stroffexpedition“ entgegen. Fünf Stunden dauerte der ungleiche Kampf. Die Bauern wurden schließlich weichen, die Mehrzahl von ihnen flüchtete in die nahe Gebirgsgegend. Hier begann ein Kleinkrieg, der über zwei Wochen andauerte. Die Schiffschwärme wurden von den polnischen Soldaten eingegeben unter Maschinengewehrer genommen und mit Kränzengranaten besetzt. Die Bauern wieder rollten von den Gebirgsflanken schwere Steinblöcke und Baumstämme auf die vortrückenden Soldaten herab. Schließlich wurden seitens der Polen Aufreufe in die Aufständischen von den Zugewogen herabgeworfen, worin ihnen für den Fall, daß sie ruhig in ihre Dörfer zurückkehren, Strofflosigkeit zugesichert und die Verleumdung abgegeben wurde, daß keine „Arbeitsstelle“ mehr eingeführt werden. Daraufhin kehrten die Bauern in ihre Gemeinden zurück. Nur einzelne kleine Gruppen hielten sich auch jetzt noch in polnischen Gebieten auf. Die Bauern werden in den Gebirgsgegenden kämpfen sollen nach polnischen amtlicher Darstellung auf Seiten der Bauern nur sechs tote und 18 Schwerverletzte, auf Seiten der Polizei und Militärbataillone vier Schwer- und drei Leichtverletzte gemeldet sein. Nach den Angaben des ukrainischen Rechtsanwaltes Dr. Baran, der das Aufstandsgebiet bereist und den Carthelstand an Ort und Stelle aufgefunden hatte, in der Verhandlung vor dem Ausnahmegericht sollen über 100 ukrainische Bauern getötet und einige hundert schwer verletzt worden sein.

Nachlese zur Reichstagswahl.

Nachfolgend bringen wir noch einmal eine zusammenfassende Übersicht über die Stimmen der polnischen Minderheit bei den letzten Reichstagswahlen für die einzelnen Wahlkreise (amtliches Endergebnis):

Düsseldorf	2846	Östböhmen	148
Berlin	806	Südbann-Brandenburg	122
Westfalen I	182	Westfalen II	2406
Frankfurt/Oder	186	Rhein-Nahe	3522
Bonnern	5322	Köln-Bonn	173
Breslau	171	Düsseldorf-Bez.	1051
Kielwig	56	Düsseldorf-Bez.	2050
Oppeln	14565	Sachsen-Bautzen	92
Magdeburg	117	Pommern	46
Wetzlar	98	Bayern	105

Die polnischen Stimmen sind also im ganzen Reich 33456 abgegeben worden; hierzu kommen als Minderheitsstimmen noch 1511 Stimmen der unter dem Namen „Niederrheinische Heimatsvereine“ in den Wahlkampf gezogenen bänischen Minderheit. Die anderen nationalen Minderheiten in Ostpreußen haben sich darauf beschränkt, sich durch die Aufstellung einer eigenen Liste zu blamieren. Inwieweit die Wenden, Polen und Tschechen, soweit sie sich als „nationale Minderheit“ fühlen, ihre Stimmen auf der polnischen bzw. bänischen Liste abgegeben haben, interessiert bei der völligen Bedeutungslosigkeit nicht. (An der Zahl von 34 970 Stimmen, die in „Ostland“ Nr. 32 als „polnisch“ bezeichnet worden sind, sind also — wie hier berücksichtigt werden muß — außer den polnischen auch die bänischen Wahlstimmen enthalten.) Ein Vergleich der polnischen abgegebenen Stimmen mit der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen überhaupt beweist die zahlenmäßige Geringsichtigkeit der Polnisch-katholischen Volkspartei. An einem einzigen Wahlkreis, nämlich Oppeln, beträgt der Anteil der polnischen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 2 v. H. Das ist der Höchstfall, den die Polen in den 35 Wahlkreisen des Reiches erreichen konnten — in einer Provinz, von der sie behaupten, daß dort die Polen eine nationale Mehrheit bilden. Im Wahlkreis Frankfurt/Oder — Grenzmarkt beträgt der polnische Anteil 0,43 v. H. und in Ostpreußen, das die politische Agitation als zu mindestens einem Drittel von polnischer Bevölkerung bebautet hinzuweisen pflegt, haben es die Polen auf 0,25 v. H. gebracht. Im Westfalen-Nord sind es 0,17 v. H., in Westfalen-Süd 0,24 v. H., in Düsseldorf-Ost 0,08 v. H. und in Düsseldorf-Bez. 0,19 v. H. Von den 367 Mill. gültigen Stimmen, die im Reich bei den Reichstagswahlen abgegeben worden sind, entfallen auf die nationalen Minderheiten insgesamt 0,09 v. H., also auf 10 000 Wähler immer nur Minderheitsangehörige.

Während die Polenbünde bei den Landtagswahlen am April d. J. noch verstanden, den Rückgang der Polnisch-katholischen Volkspartei auf die Unmöglichkeit zu verweisen, haben sie dieses Mal keine Möglichkeit mehr, die Ursache ihrer Niederlage zu leugnen. „Wir haben eine Wahlniederlage erlitten“, heißt es in einem „an die Polen in Deutschland“ gerichteten Aufsatze des polnischen Zentralkomitees. Die Polenbünde mußten diese Niederlage mit allen möglichen Gründen zu erklären. Da soll die Wirtschaftslage am Rückgang der polnischen Stimmen schuld sein, da sie zu einer Umwanderung der Wähler von der polnisch-katholischen zu den radikalen Parteien geführt hat, wobei man sich in den polnischen Redaktionszimmern die Entwicklung anscheinend so denkt, daß diejenigen, die jetzt v. B. kommunistisch gewandt haben, später wieder zu der polnischen Liste zurückkehren werden — was nun mindestens sehr zweifelhaft ist. Bemerkenswert ist, daß auch die Polenbündler von der „Leichtigkeit“ vieler Veränderungen zu sprechen. Ein paar Seiten weiter heißt es dann allerdings mißtrauisch: „Der Rückgang der polnischen Wähler in Deutschland“ keine Rede sein könnte — als ob Gleichgültigkeit im politischen Kampf kein Zeichen von Schmach wäre. Es fehlt unter den von der Polenbündler aufgeführten Gründen für den Stimmenverlust natürlich auch nicht der übliche Hinweis auf den „deutschen Terror“, ein Hinweis, der völlig ohne Grund erscheint, da doch die deutschen Parteien bei dem mit unvorhersehbarer Schärfe gegenwärtig geführten Wahlkampf in keinem Augenblicke, nicht, sich um die Polen kümmern, deren Auftreten als politische Partei man in maßgebender Weise als unzeitgemäß, nebensächlich und überflüssig empfand — nicht nur bei den deutschen Parteien, sondern auch — wie das Ergebnis zeigt — im Kreise derer, die früher einmal den Werbungen der Polnisch-katholischen Volkspartei folgten. Als wichtigsten Grund für den Rückgang der polnischen Stimmen gibt die Polenbündler die „Wahlenthaltung“ der polnischen Bevölkerung an. Diese Zahl wurde in der Tat angegeben. Ein „Oppeln“ (schrägen die Oppelner „Romany Erdmann“ am 3. August), „muß unser Gefühl mit Schamrotz bedecken, unsere Herzen jähleut erschüttern, als immerhin Vorwurf diejenigen treffen, die es verüßmt haben, ihre nationale Pflicht zu erfüllen. Als Vorwurf muß das Gerücht aller derjenigen brennen, die in der Stunde der für uns alle wichtigsten Wahlentscheidungen zu Hause geblieben sind und infolge Faulheit und Ehrgeiz ihre Stimme nicht für die polnische Liste abgegeben haben.“ Die Polenbündler sind natürlich der Meinung, daß „das ist der Nichtwähler“ für sich in Anspruch zu nehmen. Sie fühlt sich bei dieser Behauptung offensichtlich recht wohl, weil sie

ihnen midersteht werden kann; allerdings ist sie auch ebenfalls schwer zu beweisen. Aber ganz abgesehen davon, ob es so ist, wie sie behauptet — sie scheint ganz zu überleben, daß auch in der Laufsache des Nichtwählens eine scharfe Kritik oder nun mindestens ein Mißtrauensvotum gegen die Polnisch-katholische Volkspartei liegt.

Während die „Kontinente“ „Polen“ fortan den eigentlichen Grund für den Rückgang der polnischen Stimmen im „Süßen Reichemarek“ sucht, schiebt die Polenbündler die Schuld an der von ihr behaupteten Wahlenthaltung der Janierungseindlichen Agitation der Kontinente auf die Deutschböhmerischen und der Tätigkeit der sich um den „Sios Polski“ (Berliner) gruppierenden Opposition zu. So jagte die „Polka Zambonia“, das Blatt des „Woiwoden Strajkowi“, am 5. August: „Da sich an der Spitze des Bundes der Polen in Deutschland nicht Leute aus dem Kontinentaler befinden, hat ihnen die „Polonia“ den Kampf angesetzt, sich die nationale Einigkeit der Polen in Deutschland zu zerstreuen, schleubert sie Verleumdungen und denunziert mit Hilfe ihrer Berliner Bundesgenossen, untergründig die das Vertrauen breiter Massen zur Zeitung, um dann, wenn das über gelassen ist, in pharisäischer Weise das Gemäch zu zerstreuen und über die Niederlage nachzudenken, zu der sie hauptsächlich beigetragen hat.“

Einem karikösen Kommentar zu den Wahlen konnte man in dem wettischen „Demokrat“ lesen, dem „Karl“ in seiner „Lieder der Überlieferung“: „Sie haben es nicht geschafft“, „macht dieses Mal aus dem Verlust, das Ergebnis der Reichstagswahlen gleichfalls aus Sieg der Polensiege zu feiern. Um diesen Sieg in die rechte Bedeutung zu legen, wird zunächst in beweglichen Worten geschriebe, wie die deutschen Parteien im Wahlkampf gewissermaßen nichts anderes getan haben, als ausgerichtet die paar Polen in ihre Netz zu locken.“ Die Überhöhung (der polnischen Häuser mit den Senbotten der deutschen Parteien) war so geringlich, daß es den Anschein hatte, als ob sie uns alle ertränken müßte, ohne eine Spur von uns zu hinterlassen. Sie haben es nicht geschafft“, jubelt der „Karl“ in seiner bitterreichen Sprache; „dann wenn die polnischen Herzen bis dahin hart waren, so wurden sie jetzt wie Granit und haben die Wucht des entleerten Orkans ausgehalten. Der gewaltige Wellen des polnischen Volkes ist unerschütterlich geblieben, kaum daß die Ranten angekratzt wurden.“

Der „gemaltige Wellen“ — das sind die 57 000 polnischen Stimmen vom 24. April d. J.; und die kaum angekratzten Ranten — das sind die etwa 23 000 Stimmen, die die polnische Liste bei den letzten Wahlen erzielte hat. „Was bleibt dann wohl von dem „gemaltigen Wellen“ noch übrig, wenn die Ranten noch ein- oder zweimal in verletzten Weise wie am 31. Juli „angekratzt“ werden? Und dann wird der „Karl“ ganz komisch; er will nämlich gesagt haben, daß die deutschen Parteien eine „grenzenlose Wut ergreift, als sie im Montag nach den Wahlen haben, daß auf die polnische Liste in den vier Wahlkreisen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nicht einige zehn, nicht einige hundert, sondern mehrere 10 000 Stimmen abgegeben worden sind.“ Nun: diese „beinahe 10 000 Stimmen“ sind nur 8019 gemessen, 6978 weniger als drei Monate früher bei den Landtagswahlen im April d. J. Wir können dem „Karl“ erwidern: Wir fühlen bei diesem Ergebnis keinen Anlaß, in eine „grenzenlose Wut“ zu geraten.

Daß die Leiter der polnischen Minderheit nach diesem Wahlerfolg die Sinne ins Korn werfen würden, hat niemand erwartet. Sie kündigen bereits jetzt an, daß sie auch in Zukunft mit ihrer eigenen Liste in den Wahlkampf ziehen werden. „Auf dem Wahlkampfplatz hat sich noch ein Stern behauptet, der sehr bemerkenswert, aber hinsichtlich der idealen Grundfläche gesund ist“, tröstet sich die Polenbündler am 4. August; und sie sagt dann hinzu: „... Die Wahlergebnisse haben uns gelehrt, daß wir in der sozial-nationalen Fragen die radikalen Vorkämpfer unserer Feinde unbedingt übertreffen müssen.“ Mit diesem Satz wird mit dankenswerter Offenheit eine weitere Verklärung des Kampfes der polnischen Organisationsgruppen in Deutschland angedeutet. „Man wird in Zukunft also noch mehr, als bisher, auf die Tätigkeit der polnischen Volksbanken, der polnischen Schulvereine, der anderen polnischen Organisationen und auch der polnisch-geringen Geistlichen zu achten, die sich früher wie heute als Führer des Polentums benahmen — siehe Domankil „Was Rathenau in seiner „Proßbüre „Polonia irretrug““ und von Oertzen in seiner Schrift „Polen an der Arbeit“ über die Kampfsiele und Arbeitmethoden der polnischen Minderheit“ geschrieben haben, nicht die Wahlniederlage, die diese Minderheit am 31. Juli erlitten hat dadurch veranlaßt, es gewinnt, wenn man die obige Ankündigung der Polenbündler bedenkt, jetzt sogar noch an Aktualität.

Kein Rücktritt Wylockis.

Zu den Gerüchten über den Rücktritt des polnischen Senators in Berlin, Dr. Alfred Wylocki, der sich in Zukunft seinen schriftlichen Arbeiten widmen möchte, mit dem polnischen Standeshaushalt mitgeteilt, daß der Standeshaushalt nicht abge-

**Unver-
gütlich**

müssen Neubestellungen auf unser „Dienst“ für Monat September aufgegeben werden. — Bei später erfolgten Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspreis für 1 Monat beträgt 0,50 Pf. (ohne Zustellungsgeb.)

Polen überfallen SA-Leute.

In Głumien, einem Dorfe des Kreises Jlatow, das zu einem erheblichen Teil auch von Polen bewohnt wird, kam es in der Nacht zum 15. August zu mehreren politischen Zusammenstößen zwischen S.A.-Leuten und Angehörigen der polnischen Minderheit. Die Zusammenstöße ereigneten sich bei einem Feuerbesuch. Die Feuerwehr ist natürlich zusammengeleitet aus Deutschen und Polen. An dem Fest nahmen (nach dem Scheitern des „Seligens“, dessen Bericht wir hier folgen) auch sieben S.A.-Leute in Uniform teil. Die Polen übten sich hierdurch verärgert und glaubten die Entfernung der S.A.-Leute verlangen zu können, eine Anmahnung, die selbstverständlich zurückgewiesen wurde, denn schließlich befand man sich auf deutschem Boden, auf dem S.A.-Uniformen gestattet sind und die Deutschen als nicht die Polen zu beunruhigen haben. Es kam zu Schlägereien, bei denen die S.A.-

Leute, die meistens in der Minderheit waren, von den Polen abgedrängt wurden, die Polen bemerken dann die eingekesselten S.A.-Leute mit Steinen und anderen Gegenständen. Alle sieben S.A.-Leute trugen zum Teil recht schwere Verletzungen davon. Die Kontakte erst befreit werden, als die S.A. Verhärkung aus Eindrücke zeigt. Die Polen flüchten jetzt aus dem Lokal, und es entspann sich auf der Straße wieder eine schwere Schlägerei. Die S.A. ging jetzt gegen die polnischen „Prokokuatore“ weiter vor, und es entspann sich wieder neue Kämpfe, bei dem die Polen mit Ferkeln, Zaunlaten, Dreiflügeln und allen möglichen Gegenständen gegen die Deutschen vorgingen. Ein S.A.-Mann wurde hierbei schwer verletzt. Von der Polizei wurden zehn S.A.-Leute, aber kein einziger Pole verhaftet!

Große Teilnahme an Dr. Franz Lüdikes 50. Geburtstag.

Nicht nur aus den Kreisen des Deutschen Ostlandes, sondern darüber hinaus von Behörden, und der breitesten Öffentlichkeit sind Herrn Dr. Franz Lüdike, dem Geburtstagsmann, aus zahlreicher Beweise der Sympathie und der Anerkennung zugegangen. Es ist unmöglich, im Rahmen des uns zur Verfügung stehenden Raumes auch nur auf die wichtigsten Glückwünsche hinzuweisen, die ihm in Hunderten und aber Hunderten von Telegrammen, Briefen und Karten zugegangen sind. Daß sich unter den Glückwünschenden zahlreiche Behörden, Stadtverwaltungen, Landräte und sonstige kulturell führende Persönlichkeiten namentlich der deutschen Ostmark befanden, daß weiterhin sich diesem Kreise auch frühere Schüler Dr. Lüdikes anreihen, braucht kaum erwähnt werden. Mit herzlichster Anteilnahme bekannte sich der Deutsche Ostland in fast allen Teilen und Zweigen seiner großen Organisation zu Dr. Lüdike, der ihn einst mitbegründet und als kulturpolitischer Führer mitgeleitet hat. Den herzlichsten Glückwunsch des Bundespräsidiums brachten wir bereits in der Nummer vom 5. August zum Ausdruck; unsere Bundespräsidenten und sämtliche Miträdler des Ostlandrates schlossen sich mit besonderen persönlichen Wünschen an, die jeweils schriftlich zum Ausdruck gebracht werden mußten, da Dr. Lüdike abhandelte von jeder Feiertagstunde zu nehmen. Eine besondere Freude war für Dr. Lüdike der Glückwunsch unseres verehrten Ehrenpräsidenten, Geheimrats v. Cilly, der unter anderem schrieb:

„Mit Stolz und in Dankbarkeit denke ich an unsere gemeinschaftliche Arbeit in der Vergangenheit zurück. Niemals haben sich unsere Wege getrennt. Das gleiche Ziel und Einigkeit in den anzuwendenden Mitteln haben uns stets zusammengesiebt. Es ist mir schwerlich, daß ich im letzten Jahren von unserer gemeinsamen Arbeit habe zurückgehen müssen. Um so eindringlicher habe ich aber Sie in Ihren Arbeiten verfolgt, und es ist mir aufrichtiger und herzlichster Wunsch, daß Ihre besonders wertvolle Arbeitskraft an leitender und verantwortungsvoller Stelle der deutschen Ostmark, in erster Linie dem Deutschen Ostlande, noch lange erhalten bleiben möge.“

Die Äußerungen herrlicher Gemeinschaft und kämpferischer Verbundenheit, die Dr. Lüdike aus den Reihen unserer Bundesverbände, Ortsgruppen, Frauenvereine und Jungfrauen zugehen, können hier auch nicht annähernd wiedergegeben werden. Vieles sind diese Glückwünsche nicht nur von dem gesamten Vorstand, sondern auch von zahlreichen Mitgliedern unterzeichnet worden. „Dem verehrten Bundesführer, dem Führer der Kulturbewegung im Deutschen Ostland, dem treuen Ostmarkkämpfer, dem Heimatsidyllen und Schriftsteller, unserem Landsmann und Freunde zum heutigen Tage ein herzliches Glückwunsch und besten Gruß“ telegraphierte der Bundesverband Ostmark. So auch ähnlich vielen die Grüße aus dem „Wald und Sied“, aus des Reiches Mitte und seiner Hauptstadt: Der Bundesverband Westpreußen überreichte eine kostbare Schale, ein Ereignis heimischer Kunst aus der Kaiserlichen Manufaktur in Coblenz mit einem herzlichsten Schreiben, in dem es heißt:

„Genuß wie Sie, hochverehrter Herr Doktor, verbarren auch wir, die wir an der exponierten Stelle unseres Vaterlandes in der Ostlandarbeit stehen, in einem Augenblick des Gedanken, Hill, die mit Ihnen den Weg zu überblicken, den wir in gemeinsamen Streben und Hoffen, in ununterbrochener Arbeit und Sorge für die deutsche Ostmark zurückgelegt haben. Der Weg war und konnte nicht glatt und eben sein, vorwärts Mühe und Anstrengung, hart aber unter Ihrer bewährten Führung, namentlich auf geistigem Gebiet, eine Fülle von Anregungen und Freude, die das Selbstvertrauen und die Zuversicht stärkten und den Weg in sich freies Deutschland, zu einer Rettung des deutschen Ostens erkennen lassen. Freude, die Ihrer Wirkung in Prose und Prosa, die Sie uns täglich mit auf den Arbeitstisch legen, bilden der inneren Schwelt, die Euch jeder unseres Tuns und Sollens innerhalb des Deutschen Ostlandes. Wir können deshalb Ihnen, uns und dem Deutschen Ostland nichts Höheres und Würdigeres wünschen, als daß es Ihnen vergönnt sein möchte, noch lange, lange Jahre in treuer und erfolgreicher Arbeit zu wirken. Möge ein gütiges Schicksal Ihre Wirken damit krönen, daß wieder deutsch wird, was deutsch war, und daß wir Ihnen dann am Strande des deutschen Weichselstromes in voller Dankbarkeit die Hand drücken können!“

Die Ortsgruppe Oranienburg, der Dr. Lüdike besonders eng verbunden ist, erstreute ihn durch ein wertvolles Geschenk für sein Arbeitszimmer, ein wertvolles Geschenk durch einen herrlichen Blumenkorb. Ein Jungfernmittglied der Ortsgruppe „Wanne-Eickel“ überbrachte eine von ihm angefertigte Feinstunde.

Die Ortsgruppe Erkath überreichte eine Ehrenurkunde, in der unter dem Bild eines nach Ostland reitenden Ordensritters die folgenden Worte künstlerisch niedergeschrieben waren: „Herrn Dr. Franz Lüdike, dem Cheodor König der Deutschen Ostens, dem Kämpfer für Ostheimat, deutsches Volkstum und Vaterland, für Recht und Gerechtigkeit, deutsches Ostens, dem Dichter, der nicht nur uns, sondern außer uns Millionen von Herzen erhaben, beglückt, geteilt und gerührt hat, zum 50. Geburtstag die herzlichsten Glück- und Segenswünsche von den Mitgliedern der Ortsgruppe Erkath des Deutschen Ostlandes.“

Um als Ergänzung der Wünsche aus dem Osten wenigstens eine Äußerung aus dem Westen zu bringen, mögen hier die Worte abgedruckt werden, die der Landesverbands Hannover-Draunburgweid Dr. Lüdike gemeldet hat. Er schreibt unter anderem:

„Wenn die im Ostland verbundenen Ostmärker in ihrer tiefsten Seele ihrer Heimat teu ergeben sind und diese Kreise auf ihre Kinder übertragen haben, wenn darüber hinaus unsere westdeutschen Brüder in weitesten Kreisen begreifen haben, daß Ostmit Reichsnot ist, so ist dies zum großen Teil Ihr Werk, nicht zum geringsten der Erfolg, den wir Ihnen danken dürfen. Die so oft bei unseren Werken und Beinhaltungen die Anmelde aufgerollt haben. Durch Ihr ausgeprägtes Verständnis für niederschlägiges Wesen ist es Ihnen aber besonders gelungen, die bodenständige Bevölkerung unseres Reiches an ihre historische Verbundenheit mit dem Ostland zu erinnern und damit an uns zu ketten. Dafür sind wir Ihnen von Herzen dankbar. Wir wünschen Ihnen für Ihr weiteres Leben Kraft und Gesundheit zur Fortführung Ihres Werkes und hoffen mit Ihnen, daß der Tag, an dem das Andenken dieses Werkes erreicht ist, nicht allzu fern liegt möge.“

In diesem schönsten Wunsch gipeln zahlreiche der Dr. Lüdike zugegangenen Briefe von Mitkämpfern, Einzelnen und Volksgenossen. Daß nicht nur die Gruppen als solche, sondern auch unzählige Einzelmitglieder, zumal aus den Jungfrauen, Groß und Dank lauten, darf mit Genugtuung verzeichnet werden, ebenso wie die Kataloge, daß auch zahlreiche frühere Mitarbeiter der Zentrale und einstmalige Vorstandsmittglieder in Kreise des Gefreierten gedachten. Eine besondere Freude war es für Dr. Lüdike, daß sich unter den ihm zugegangenen Briefen auch ein ausführliches, sehr herzliches Schreiben seines alten Bremerberger Lehrers, Syndikalisten Dr. P. J. a. B. an dem sich findenden des Landesverbands Sachsen-Anhalt befand, in dem er die Hoffnung ausspricht, daß der von Dr. Lüdike gemessene Weg für die Kampfarbeit des Deutschen Ostlandes beschriftet werden möge. „Daß wir“, so heißt es dann weiter, „mit so vielen anderen hoffen, es werde Ihr Werk um Segen des deutschen Ostens und unseres deutschen Landes auch fernerhin vom reichstem Segen und — jenseit Deutsche es vermögen — auch von dem Danke des deutschen Volkes beglückt sein, ist selbstverständlich. Es würde uns besondere Genugtuung sein, wenn dies in Erfüllung gehen würde.“

Aufrichtigster Anteil an dem 50. Geburtstag unseres kulturpolitischen Führers nahmen auch der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen, der Mittelrand, andere große Verbände, bei deren leitenden Persönlichkeiten, die Mitarbeiter des „Ostland“, das „Ostdeutschen Heimatkalenders“ sowie viele Deutsche aus der uns entzogenen Ostmark. Eine Reihe deutscher und besonders ostdeutscher Dichter, darunter der Altmeister der ostdeutschen Erzähler, Max Kretzer, milderten Dr. Lüdike Worte freudiger Anerkennung, einige auch ihre Bücher mit eigenhändiger Widmung.

In welcher Weise die Presse ganz Deutschlands auf das literarische und kulturpolitische Wirken Franz Lüdikes hingewiesen hat, darauf soll im nächsten „Ostland“ noch hingewiesen werden, da wir müssen, mit welcher Freude unsere Mitglieder und Leser die uneingeschränkte Würdigung begrüßen, die das Lebenswerk unseres Dr. Lüdike in der öffentlichen Kritik erfahren hat.

von Rinkelen verläßt Warschau.

Der langjährige Geschäftsführer bei der deutschen Gesellschaft in Warschau, von Rinkelen, mit dem demnächst Warschau verlassen, um einen Posten im Auswärtigen Amt zu übernehmen. Die von der polnischen Presse aufgestellte Behauptung, daß diese Verlegung im Zusammenhang mit der Slaggenaffäre stehe, ist völlig unbegründet und beruht auf doppeldeutigen Kombinationen. Die Zurückberufung ist vielmehr bereits vor längerer Zeit vorbestimmt gewesen, und im Warschauer Amt haben im Gegenteil gerade aus Anlaß der Slaggenaffäre Ermäßigungen geschwiegt, die Verlegung wieder rückgängig zu machen, um solche Deutungen zu verhindern. Lediglich der Umstand, daß die Dispositionen bereits seit längerer Zeit getroffen waren, haben das Auswärtige Amt veranlaßt, sie nicht aufzuheben. Zum Nachfolger des Geschäftsführers von Rinkelen ist Vegetationsrat Schliep bestimmt worden, der bisher in der Obstabteilung des Auswärtigen Amtes tätig war.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Der Geschäftsbericht der Ostpreussischen Landgesellschaft.

Bei dem besonderen Interesse, das unsere Leser der Provinz Ostpreußen entgegenbringen, lassen wir einen kleinen Auszug aus dem Geschäftsbericht der provinziellen Siedlungsgesellschaft, der Ostpreussischen Landgesellschaft, folgen, der um so bedeutungsvoller ist, als bis vor kurzem an der Spitze der Gesellschaft Freiherr v. Gualt stand. Die Gesellschaft, die seit fast 30 Jahren in dem Vordereigenen östlicher Siedlungsarbeit steht, hat bis Ende 1931 insgesamt 272 Güter mit rund 21 000 Hektar erwerbsfähiger Fläche in Ostpreußen in Auslieferung von fast 1000 Rentengütern vermerkt. Das Gesamtergebnis entspricht der Anschaffung von 278 Dörfern. Vergleichsweise sei bemerkt, daß die Königliche Anliehenkommission für Westpreußen und Posen in den Jahren ihres Vollbetriebes ungefähr 100 000 Morgen — etwa 50 Dörfer im Jahre neu besiedelte. Die Kriegsjahre verhältnisse des Vordereigenen haben dazu geführt, daß 1931 nur rund 6000 Hektar zu Siedlungszwecken erworben wurden. Die große Geldknappheit, die mit der Siedlungsarbeit verbunden ist, hat wesentlich dazu beigetragen, eine noch härtere Beeinträchtigung der Wirtschaftsverhältnisse in Ostpreußen zu verhindern und damit die kultur- und nationalpolitische Widerstandskraft der Provinz zu stärken. Damit hängt auch die ersteilende Stellung des Berichtes hinsichtlich des gegenüber den Vordereigenen stark verringerten Wandezugriffes im Jahre 1930 und des Wandezugriffes zusammen, der in den ersten neun Monaten im Jahre 1931 mit fast 2000 Personen zu verzeichnen war. Infolge der Kriegsjahre in Nr. 28 des Ostpreußen-Stellung genommen. Bezüglich der Auslichten der Siedlungsstätigkeiten in Ostpreußen in den nächsten Jahren verheißt der Bericht entgegen vielfach von anderen Seiten gemachten irrtümlichen Angaben nicht, daß diese Erwartungen durchaus als beschränkt zu beurteilen sind. Die seit 1919 insgesamt geschaffenen 10 205 Rentneubestellen haben einen erheblichen Teil der besiedlungsfähigen Flächen des ostpreussischen Großbetriebes deantprunt. Da auch bereits 45 v. H. der Neubestellungsstellen von Ostpreußen zu Siedlungszwecken erfüllt sind, ergibt sich, daß hier Neubestellungsstellen nicht mehr in unbegrenzter Zahl ausgesetzt werden können. In diesem Zusammenhang wird immer auch darauf Rückblick zu nehmen sein, daß erhebliche Teile der Provinz, J. B. der Süden (Masuren), schon ohnehin stark kleinbäuerlichen Besitz aufweisen. Gegenüber der Gesamtlage der Provinz muß man sich außerdem auch stets daran erinnern, daß erhebliche Prozentanteile aus Festlande- und großen Volksgütern bestehen. Erheblich sind sich noch im Jahre hienus zu erwarten. Satz für die Siedlungsstätigkeit auch in Ostpreußen bieten. Je knapper die für die Siedlung geeigneten Flächen in Deutschland werden, desto verantwortungsvoller ist die Tätigkeit derer, die diese Aufgabe in gemeinnütziger Weise zu erfüllen haben. Um so dringender erhebt die Notwendigkeit, die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft, deren Rückgang sich besonders katastrophal bei dem bisher hauptsächlich auf den Veredelungssektor zugeschnittenen bäuerlichen Betrieben auswirkte, von ihrem jetzigen Tiefpunkt wieder zu normalen Verhältnissen emporzuführen.

Entschädigungswesen.

Verflechtungsverordnung bezüglich des Entschädigungsverfahrens.

Unter dem J. d. M. hat der Reichsminister der Finanzen eine Verordnung zur beschleunigten Beendigung der Arbeiten der Restwertverwaltung für Beschlagnahme erlassen, die für die Gesamtheit der Beschädigten von außerordentlicher Bedeutung ist. In dem nächsten Rundschreiben an die Ortsgruppen unterrichtet die Bundesregierung darüber, wie auch über die Stillnahme des Deutschen Ostbundes und der Arbeitsgemeinschaft unserer Ortsgruppen eingehend. Da in der Verordnung die Frage der Aufhebung der Entschädigungsfaktoren, die Herausgabe von Urkunden und andere wichtige Dinge berührt werden, ist die Angelegenheit von Wichtigkeit für alle Verdrängten. Auskunft können von Ende nächster Woche ab die Vorstände aller Ortsgruppen geben,

die unter Rundschreiben erhalten, d. h. diejenigen, die mit der Abrechnung über die Beiträge nicht über Gebühr im Rückstande sind.

Wichtig für Verdrängte.

Niedererschlagung von Steuerrückständen auf Braunkohlenfelder in Posen.

Nach einer im Gesetzblatt des polnischen Staates (Nr. 61 vom 20. Juli 1932) veröffentlichten Verordnung des polnischen Staatspräsidenten vom 11. Juli 1932 werden Steuerrückstände auf Braunkohlenfelder in der Weichselhochfläche Polen niederschlagen, sofern die Eigentümer dieser Felder ihren Verzicht auf das Bergwerkseigentum erklärt haben oder vor dem 31. August 1932 erklären und bestärken die Felder in der Zeit vom 8. August 1924 bis zum Erlöschen des Bergwerkseigentums nicht ausgemietet worden sind. Deutsche Unternehmer werden auf diese Verordnung aufmerksam gemacht mit dem Bemerkung, daß die Ausführung der Verordnung dem polnischen Minister für Handel und Gewerbe im Einvernehmen mit dem Finanzminister übertragen ist.

Bundesnachrichten.

Dank.

Den Ostmärkern und Ostbundesgenossen, die mir zu meinem 50. Geburtstag Grüße und Wünsche gelangt haben, danke ich aus vollem Herzen. Bundesführung und Bund, Landesverbände und Ortsgruppen, Frauenhilfen und Jungfrauen, Mitarbeiter und Einzelmitglieder haben die Verbundenheit zum Ausdruck gebracht, die zwischen ihnen und mir besteht. Das Wissen um solches Verbundenheit mit Tausenden von Heimat- und Volksgenossen ist das größte Glück, das man an einem Tage der Rück- und Vorauskunft empfinden kann. Der ostmärkische Seebank, der immer in uns lebendig war und für den wir seit 14 Jahren mit Seidenschaft kämpften, ist ein Teil unserer Seelens geworden. Er ist über den Heimatbanken hinausgewachsen und zur großdeutschen Staats- und Volksbank geworden, zur Idee der Volksgemeinschaft, zur tragenden Säule des Vaterlands. Die Wünsche, die mit jüdischen und in der Wiedererweckung der untergegangenen Heimat spielten, möchte ich dahin weisen, daß wir uns bemüht in die Schäre derer einreihen, die kämpferisch den Beginn wahrhaftiger Volkswanderung und den Aufbau in das beginnende dritte Jahrtausend unserer Geschichte erleben. Die Ostmärker und der Deutsche Ostbund sind berufen, aus der Not, aber auch der Erfüllung von Generationen heraus den Weg des Aufbruchs nicht nur zu zeigen, sondern ihn selber zu schreiben. Wir geboren nicht mehr nur aus an. Wir sind Kampfverbänden, denen die Landgabe Anteil ward, das deutsche Schicksal neu zu gestalten. Mein und unser Dank für alle Freundlichkeit und Gemeinschaft kann nur der sein, aus dieser Aufgabe wird zu erweisen. Franz Ebdtke.

Aus der Bundesarbeit.

Verfammlungskalender.

Ortsgruppe Magdeburg. Monatsversammlung am 22. August; 2. d. k. - Abend! Eintritt frei. Gäste willkommen.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Berlin-Süd. Nach Ferienluß fand die Monatsversammlung wie üblich am 2. Montag im Monat, also am 8. August, in der Berliner-Rind-Bräuerlei statt. Die Mitglieder und Gäste wurden von dem 1. Vorsitzenden, Herrn Blume, auf das herzlichste begrüßt. Nebenher sind die Verfammlungen seit längerer Zeit recht schwach besucht, und fast jetzt es aus, als ob nicht nur die schwere Zeit die Mitglieder bedrückt, sondern daß das Interesse für den Deutschen Ostbund schwindet. Es wäre doch zu wünschen, daß wir vertriebenen Ostmärker gerade in dieser schweren Zeit besonders fest zusammenhalten. Sitt doch unser Ziel und Arbeit nicht nur dem materiellen Wert, sondern mehr noch einem höheren, edleren Wert: Unserer verlorenen Heimat zu nähern und wieder zu gewinnen. In einem kann der Pole Vorbild sein; in seinem letzten Zusammenhalten und seinen Kampf um sein Land ohne Unterlass der Parteilichkeit. In diesem Sinne hielt Herr Blume einen längeren Vortrag. Danach wurde bekanntgegeben, daß der Mourepolier Herr Gullow 2 ein offiz. aus Posen, Tülsentropf, jetzt Berlin, Ammerstr. 58, am 5. August d. J. 30 Jahre alt geworden ist. Ferner wurde der Anwärter, Herr Christian J. eburg aus Kirchdorf bei Swalen, jetzt Tempelhof, Bremerstr. 31, am 2. August 65 Jahre alt. Beiden Mitgliefern wurden vom Vorstand am dem 1. Verfammlungen die besten Wünsche für die Zukunft ausgesprochen. Während Herr Ebnburg erst kurze Zeit Mitglied ist, gehört Herr Genschoff seit Gründung der Ortsgruppe an; er sowie seine Familie haben sich durch rege Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Gruppe und darüber hinaus beliebt gemacht. Der langjährige 1. Schriftführer, der Werks-Oberlektor, Herr Otto Kapp aus

Hohenalpa, jetzt Bergfeld, Winklerstr. 20, das krankheitshalber sein Schriftführeramt niedergelegt. Herr Rapp, der ebenfalls seit Gründung der Gruppe Mitglied ist, kam bald in den Vorstand und hat sich in den langen Jahren durch seine unermüdete und aufopfernde Arbeit ein großes Verdienst erworben. Wo es galt, für den Ostbund zu arbeiten, war er dabei. Leider hat ihn eine lange und böse Krankheit ermüdet und geschwächt, so daß er seine Tätigkeit auch für den Ostbund einstellen mußte. Herr Rapp wurde für seine Verdienste als erster zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe Süd ernannt. Eine diesbezügliche Urkunde wurde ihm durch eine Kommission überreicht. Richtig Verammlung Montag, 12. September.

Landesverband Vorpommern.

Die Jugendgruppe Seelowitz veranstaltete, von herrlichem Wetter begünstigt, im Garten des Kaiserplatz in Seelowitz einen Herbsttag in Gemeinschaft mit den Jungmännern Anklam und Corgelom. Nachdem die auswärtigen Gäste die Stadt besichtigt hatten, sprach nach dem Einmarsch der Wimpel und einleitenden Musikorträgen der Jungfahrführer Heinz Bacher über das Vorkennnis zum deutschen Osten, das die Ostbundjugend aus dem ganzen Reich in Betracht abgelegt hatte. Die weiteren Darbietungen bewiesen, daß die Jungmänner unermüdet daran arbeiten, die Ober- und deutschen Ostbünde mit Volksschichten zu tragen. Von den Gästen ergriff Superintendent Dr. Scheringer das Wort. Er mochte die Jugend, immer treu zur alten Heimat zu stehen und nie ein Stück Vaterland für verloren zu geben. Am Herbst d. J. ist ein Pommerntreffen der ostmärklichen Jugend geplant.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Die Ortsgruppe Hannover veranstaltete anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Enttötung Oberchlesiens und der polnischen Wiederkehr des Abstammungsgesetzes in Ost- und Westpreußen am 3. August in Dubes Gesellschaftsbaus eine öffentliche Kundgebung, an der sich auch der Bezirkskriegsereverband Hannover-Braunschweig beteiligte. Der 1. Vorsitzende, Wabe, forderte in seiner einleitenden Gedankrede auf, den Bund in seinem ersten Kampf gegen die Feinde der Grenzen im Osten zu unterstützen und ihn zu helfen, daß dieses Land wiedergeboren werde. Er schloß dann, auf die Enttötung Oberchlesiens nur zehn Jahre eingehend, in packenden Worten die Schreckenstage der drei polnischen Aufstände. Leider hätten es inzwischen schon viele vorgefallen, daß 700 deutsche Helden auf Oberchlesiens Erde starben, daß 700 793 Oberchlesier trotz der Verdrängung und Drangsalierung durch die Polen für Deutschland stimmten, und daß in allen Abstammungskreisen ihre überwiegende Mehrheit für Deutschland ergab. Um so inniger müßte man heute wünschen, daß dem dennoch verlorangegangenen Land unterm Kreuz

bald der Tag der Sonne und der Auferstehung leuchte. Anschließend dankte Oberlandesregierungsrat Dr. E. Bismarck, Gell, der hannoverschen Gruppe namens des Präsidiums des Deutschen Ostbundes für die von ihr geleistete Ostmarkarbeit, hob die Notwendigkeit deutscher Wehrfreiheit hervor und schloß mit einem Ost Heil auf den Ostbund des Bundes. Nachdem hierauf Dr. med. Faust die Größe der Grenzdeutschen- und Heimatsvereine übermittelte und auf die Notwendigkeit einer Regierung mit festem Grenzministerium hingewiesen hatte, hielt der 2. Vorsitzende, G. u. n. o., eine Gedankrede über Ost- und Westpreußen. Er sprach von der gleich nach dem deutschen Zusammenbruch einsetzenden polnischen Verschwärpung und auf der anderen Seite von dem ostdeutschen Heimatsdienst im westpreussischen Abstammungsgebiet, der den polnischen Überfruchtungsgehilfen entgegengetreten ist und dem nationalen Selbstbehauptungsinstinkt wieder zu seinem Recht verholben habe. Für die ostdeutsche Bevölkerung sei die Abstinenz vom Juli 1920 ein einschneidend, bitterer Einschnitt, bei der absehbarer Zeit doch keinerlei völkerverhüllende zulässige Maßnahmen im polnischen Sinne korrigiert werden könne. Das deutsche Volk könne ohne den Osten nicht leben, sondern würde ohne ihn verkümmern und alle seine Zukunftsaussichten begraben müßten. Dieser Osten trage heute nicht nur die allgemeine Not Deutschlands mit, sondern trage darüber hinaus an den lurcheitbaren Folgen des Versailles Diktats, der Territorialität seiner Gebiete und Grenzen, sowie an der willigen Veränderung seiner wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Voraussetzung für die Hilfe des ganzen deutschen Volkes, die der Osten brauche, sei der einmütige Wille Deutschlands, seinen Osten zu erhalten und für diese Aufgabe Opfer zu bringen. — Verlesen wurde der Abend durch Rezitationen, Vorträge der Gesangsabteilung des Bundes und lebende Bilder von Mitgliedern des Ostbundes und der Jungmänner des Bundes.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Die Ortsgruppe Stendal hielt am 7. August ihre Monatsversammlung im „Winkelmannsbau“ ab. Der Vorsitzende, Fleischermeister Pöschel, begrüßte die Erledigten herzlich willkommen und gedachte des kürzlich verstorbenen Sohnes der Familie des Konkretors Paul Jönke der beim Untergang der „Röder“ aus Leben gekommenen Landbesitzer aus Ostpreußen, zu deren Gedenke sich die Anwesenden um ihren Plätzen erhoben. Es wurden drei neue Mitglieder aufgenommen. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten gab der zweite Vorsitzende Rudolf Jäckert einen Bericht über das letzte Sommerfest im Bierkeiler und das Nachbarortgruppenfest in Jävenitz. Er betonte dabei, daß solche Ortsgruppenfesten für die schwer heimatsgesehenen Ostmärker als besonders wichtig anzupreisen seien. Nachdem der Kassierer Robert Jäckert noch den Kassenbericht erstattet hatte, wurde die Verammlung geschlossen.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Vorläufiges.

Dr. Anstot Provinziallandtagsabgeordneter.

Der Provinziallandtagsabgeordneter Dr. Anstot, der in seiner letzten Sitzung feststellte, daß im Wahlbezirk Schwerin (Warthe) an die Stelle des Gutsbesizers Ernst von Suhlinski aus Ostfriesland, der sein Mandat niedergelegt hat, der unter Nr. 2 des Wahlvorschlages des „nationalen Blocks“ aufgeführte Bewerber Student Otto Anstot (Schwerin a. d. Warthe) als Abgeordneter des Provinziallandtages tritt. Derselber ist bekanntlich seit längerer Zeit Vorsitzender der Ortsgruppe Schwerin des Deutschen Ostbundes.

Unter den Koten der „Röder“

befindet sich außer den im „Ostbund“ Nr. 32 Genannten noch ein Ostdeutscher, und zwar der Offiziersanwärter Karl Lüdtke, Sohn des Polizeihauptmannsmeisters Otto Lüdtke in Stettin, Vinsingenstr. 31, früher in Polen-Varasur wohnhaft. Karl Lüdtke mocht früher mehrere Jahre eifriges Mitglied der früheren Jugendgruppe der Ortsgruppe Stettin des Deutschen Ostbundes und des Czernowitzer Ostmark in Stettin. Der junge begabte Ostmärker hat durch sein gutes Können im Kuram und Eisenpiel die Heimatsdebate immer besonders beliebt und sehr viel zum Gelingen der Heimatsabende beigetragen.

Vertragungen. Regierungsbaurath Hillebrand vom Wasserbauamt in Drielen als Regierungs- und Baurat an die Oberstbau-

vermaltung in Breslau; Regierungsbaurath Vahrs vom Wasserbauamt in Elstift als Vorstand an das Wasserbauamt in Drielen; Regierungsbaurath Franz Jäcker von Jürlingen (Oder) als Vorstand an das Wasserbauamt in Elstift; Reg.-Rat Siehe in Schneidemühl an das Polizeipräsidium in Berlin.

Ehrensang. Anlässlich seines 60. Geburtstages ist der Präsident der Breslauer Reichshausbewohner, Dr. Kurt Born (früher Regierungsrat an der Eisenbahnstation Bromberg) von der Breslauer Universitätsrat zum Doktor der Staatswissenschaften ehrenhalber ernannt worden.

Geborene: Ein Sohn Doktor Georg Mubrack in Oltrosno; eine Tochter Marter Pirwitz in Bromberg-Schmedebühl.

Silberne Hochzeit: Schachmachersmeister Hugo Weich mit seiner Ehefrau Anna, geb. Diele, in Cunyendorf, Krs. Sprowtau, früher Wojanowo und Hooßdorf, am 21. 8.

Diamantene Hochzeit: Der Altflüher Ferdinand Eijermann in Stienitz beging mit seiner Gattin Ernestine, geb. Hochschild, am 17. 8. das Fest der diamantenen Hochzeit.

Verlebte Ostmärker: Frau Ida Grundmann, geb. Pöhlmann, früher Bromberg, jetzt Hamburg 19, Elisenstr. 42, am 10. 8. 65 J.; Frau Marie Foyke, Ehefrau des Gutsmeisters F. in Braunsberg, Braunsau, früher in Wettin, Krs. Pleßkau, am 12. 8. 72 J.; Reinhold Ziebell, Lehrer i. R., in Schlaue, Pommer., früher in Gieselsdorf, Krs. Barent, Westpreußen, am 20. 8. 70 J.; Polizeikrät i. R. Otto

Jch fand was
ich suchte, die

Wertvolle Gutscheine
Prächtige Anisofeildrucke

STURM ZIGARETTEN G-M-B-H-DRESDEN-A

MINN TROMA
68 Zigarette



GEGEN TRUST
UND KONZERN

Rauhe in Misdorf, früher in Maromona Gessin, am 20. 8. 70 J.; Frau Klempnermehler Rosina Semmler, Cröbenberg i. Schl., Hofstr. 6, früher in Krotzschin, am 21. 8. 70 J.; Lehrer und Kantor i. R. Otto Schoepf in Umruphof bei Güllidow, früher Stralkomo, Gjejeemo und Gsnel, am 28. 8. 86 J.; Lehrer Gottlob Schoepf in Slettin, Birkenh. 41, früher in Pflöhen, am 24. 8. 60 J.; Fernleite Guderjahn, Witwe des Gutsverwalters A. G. in Friedrichshöhe bei Mielitz, jetzt in Birkenwerber bei Berlin, am 25. 8. 86 J.; Frau Emma Schlinke, geb. Wrochem, in Wm.-Charlottenburg, Brechtstr. 38 II, früher Bronka, am 13. 8. 70 J.

Geschoren: Gutsbesitzer Otto Rau, Plothkomo, Krs. Samter, am 11. 8.; Bahnhofsamt Richard Feil, Burgdorf in Hannover, früher Santomiffler (Pofen), am 26. 7. 96 J. (S. war Schriftführer der Ortsgruppe Burgdorf); Frau Ida Weisßthal in Berlin-Friedrichshagen, Seest. 38/39; Witwe des Gendarmereisnants a. D. Robert Weisßthal, früher Pofen-Gräflich, Große Berliner Straße, am 15. 8., 75 J.; Frau Christine Werner, geb. Weiß, zu Köckin, früher Altdow Wedden (Welfer), am 20. 7.; Karl Gieße in Pofen am 9. 8., 85 J.; Frau Julie Olga Gieße in H. geb. Denkel, Schwanenau, am 7. 8., 62 J.; Erich Gieße in H., früher Schriftleiter des Handelsteils des „Pofener Cigarettenblattes“, am 8. 8. 26 J. (W. war der älteste Sohn des Dr. Gieße, der früher Leiter des russischen Seminars erst in Bromberg, später in Pofen war, der nach dem polnischen Umsturz die Leitung des „Pofener Cigarettenblattes“ übernahm und infolge eines materiellen Unfalls — er ist angeblich naechts bei der Heimkehr in seine Wohnung über das Treppengeländer gestürzt und fast dabei das Genick gebrochen — gestorben ist; sein Sohn hat sich jetzt in einem Topfener Hotel aus unbekanntem Grundem verlohren); Pastor i. R. Paul Gieße in Werden a. d. Aller, Münderstr. 14, am 10. 8.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen und der mittleren Ostmark.

Schneidemühl. In Schneidemühl ist nach einer Mitteilung des Kreisrates ein fünfter Codelast infolge spinaeler Kinderlähmung zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde bemerkt, daß zwei jungen Mädchen jenseits des schlesischen Älters, die außerhalb Schneidemühs in spinaeler Kinderlähmung erkrankten, trotz der Krankheit noch Schneidemühl zugewandert sind. Als Vorbeugungsmaßnahme gegen die neu auftauchende Gefahr einer Einschleppung der Krankheit sind daher mit sofortiger Wirkung sämtliche Schulen in Schneidemühl vorerst auf 14 Tage geschlossen worden.

Wiek (Ostbahn). Seit einem halben Jahre wird der Kaufmann Hauptmann Dr. Arnel aus Berlin wegen Spionage mit Polen von der Staatsanwaltschaft Redtkewitz verfolgt. Jetzt wurde er in Wiek, wo er sich bei seiner Mutter beurlaubt, aufspürt, verhaftet.

Aus der uns geraden Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. Die Bromberger Wasserleitung versagte am 16. August ihren Dienst. In der Pumpstation war ein Rohrbruch eingetreten, der die Wasserzuführung der Stadt lahmlegte. Rasch Einbau eines Ersatzrohrs halfte dem Sammelbehälter sein Vakuum verlieren, so daß nicht der nötige Druck vorhanden war, um das Wasser in die Wasserleitungen zu befördern. In den Gasmotorkraft-, Holz- und Maschinenwerken waren die Folgen geradezu katastrophal.

Bromberg. Wegen des Stadtpräsidenten Dr. Sliwinski war wegen verschiedener Untergangigkeiten vor Monaten ein Disziplinärverfahren eingeleitet worden. Das Oberverwaltungsgericht in Posen hat in diesem Verfahren jetzt entschieden, daß Dr. Sliwinski zungangsweise in den Ruhestand zu versetzen ist.

Kolmar. Eine polizeiliche Verordnung aus dem Jahre 1925 befragt, daß auf den Firmenbildern die Vornamen der

Gesellschaftsinhaber auch in polnischer Sprache angegeben werden müssen, und zwar an erster Stelle. Auf Grund dieser Verordnung erhielten kürzlich einige hiesige Geschäftsleute, darunter der Drogeriebesitzer Johannes Sohr, der Bleischieferer Otto Sulzmann, Frau Klara Haber und der Gärtnerbesitzer Max Jaske, polizeiliche Strafmandate zugestellt, gegen welche die Genannten gerichtliche Entfcheidung beantragten. Sie machten geltend, daß auf den Firmenbildern der Vornamen in beiden Sorm niedergeschrieben sei, wie er im Handelsregister und in der handelsgerichtlichen Aktenurkunde eingetragen ist. Nichtsdestoweniger wurden in der Gerichtsverhandlung die polizeilichen Strafmandate bis auf den Fall Jaske beseitigt. In der Urteilsbegründung wurde hervorgerufen, daß die hier in Frage kommende Verordnung keine Umwandlung der deutschen Vornamen in polnische verlange, sondern daß neben dem Vornamen in deutscher Sorm auch die polnische Sorm angegeben werden müsse, z. B. Jan — Johannes Sohr. Im Falle Jaske stellte das Gericht fest, daß die Vornamen Max und Maximilian in der polnischen Sprache gleichlautend sind, demnach in diesem Falle auf Freisprechung erkannt werden mußte.

Kolmar. In einem Briefschreiben wurde ein Skelett aufgefunden. Man glaubt, festgestellt zu haben, daß es sich um den früheren Pofener Studenten Sobancki handelt, der vor 9 Jahren eines Tages mit einer größeren Geldsumme auf sein Landgut bei Kolmar gefahren und seitdem verschwunden war. Er ist damals offenbar ermordet und beeraubt worden. Es fehlt jeder Anhalt dafür, mer den Raubmord damals begangen hat.

Pofen. In dem Sensationsprozess gegen Piekucki und Gsnellos wegen Sittlichkeitsvergehens an Mädchen unter 14 Jahren wurde vor kurzem das Urteil gefällt. Es erhielten Oberst der Inf. Felix Piekucki 1 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, Kaufmann Wladislaus Andrzejewski 1 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, Kaufmann Felix Hirschberg und Fabrikdirektor Alfons Pamlicki je 6 Monate Gefängnis mit fünfjähriger Bewährungsfrist, oherbeileite Margarete Gensler 3 Jahre Gefängnis, Marie Hermann 1 Jahr Gefängnis und Marie Rehding 4 Monate Gefängnis. Die Angeklagte Helene Stroyk wurde freigesprochen.

Aus Westpreußen.

Dirschau. Die Eisenbahnstrecke Danzig—Dirschau besteht jetzt an 80 Jahren. Am 5. August 1852 wurde sie unter reger Teilnahme der Bevölkerung eingeweiht und erstmalig benutzt. Dadurch gliederte man Danzig den Eisenbahnnetz an, das damals noch sehr klein war und nur die Hauptstädte miteinander verband. Damals sühnte die Ochsau von Berlin über Kreuz zunächst nach Bromberg und von dort nach Dirschau, dann nach Schluß, weil der Brückenbau über die Weichsel noch mehrere Jahre erforderlich. So begann man denn, zunächst das Schienennetz nach Danzig zu legen und schuf dazu den ersten Bahnhof in Danzig, den Vegetarierbahnhof. Die Verbindung mit Königsberg kam später, nachdem der Bau der Weichselbrücke am 12. Oktober 1857 beendet war.

„Sie geben entchieden zu weit, Herr Hogelotz, wenn Sie behaupten, solche Pfandhausfrauen wie früher gebe es heute nicht mehr“ — jagte Frau Lotte zu ihrem Eishof, der sich eben einen zweiten Keller von der ihm offenbar herrlich schmeckenden Suppe erbat. — Herr Hogelotz verzerrte sich — „es gibt Usenaden. Wie j. D. bringen Sie es nur fertig, diese delikate Suppe um 1 Uhr auf dem Tisch zu stellen, wenn Ihr Gatte um 12.30 Uhr anruft, ob er noch miß, den verwöhnten Junggefallen, mitbringen könne?“ Der Hausherr lächelte zufrieden: „Meine Frau kommt Ihnen jeden Tag im Monat ein oder, ebenso schmackhafte und ebenso schnell zubereitete Suppe vorleihen. Sie sehen miß ungläubig an, Herr Hogelotz? — Lotte, lag Du das Gaubermot!“ Und Lotte flüster: „Maggs Suppen.“

Diele Nummer umfaßt 12 Seiten.

Herrenzimmer

mod., Eiche m. faulst. Aufbaum, neu, besth. aus: Bibliothekstisch, 230 cm breit, Dtl.-Schreibtisch, rund, 114, 2 Stühle, Schreibst. 275 RM.

Lichtsplel-Agentur- und Einricht. GmbH Berlin-Halensee, Rurfürstendamm 138 Stobant 4077.

Restaurant

schuldenfrei, verkauft, weil alt u. alleinstehend, Frau Pfeffer, Berlin, Köpenicker Str. 63.

Sammeln Sie MAGGI-Gutbehälter es lohnt sich!

Ringfreie Umzüge seit 1908
O. Noerenberg, Berlin, Lichterfelde-West, Dürerstraße 41. Telephone: G 3 6079. Friseur Bromberg.

Überdie Ofstragen unterrichtet laufend auf's beste unfer
„Ostland“
Bezugspr. viertel. nur 1,50 RM. (ohne Beheilig.)

Friseurgeschäft
2 Damen, 3 Herren, wegen Todesfalls antritt. Fachlepar preisw. zu verk. eell. Vorkaufrecht auf Grundstück.
Karl Linder, Drossen
Poststr. 23.

Ostmärker Provinzialfreil Glänzende Existenzen!

- Anzahl, M. Preis:
- Restaurationsgrundstück m. Sellaal (Jahresgeschäft) in bedeutendem Gebirgskurort Schleifens 41 500
Anz. 18 000
- Vandhaus in völlig körn- und laubfreier Lage, für Arzt mit Klinik besonders geeignet, in Traunstein (Oberbayern) . . . 22 000
- Kurhaus mit Restaurationsbetrieb, Tanz- und Theateraal in herrlicher Gegend der deutschen Schweiz 27 000
Anzahl, n. Vereinb.
- 12-Co.-Dampfmühle in lebhaftem Kreislauf d. Prov. Hannover
Fabrikgrundstück mit Wohnhaus in Baden 26 000
- Grundstück (J. J. Vandwirtschaft) in Quadlinburg 10 000
Gruppenfabrik in Sletina 27 000
Preis: 27 000
- Vandhausbesitzung i. bedeutendem Best. Bade- und Ausflugsort
Anzahl, n. Vereinb.
- Miet- und Geschäftshaus im Zentrum Zepkow 20 000
- Wohnhaus mit prächt. Garten i. der Schweiz (Unter-Engadin) sfr. 15 000
- Glänzend eingeführtes Hotel mit Restauration und Sellaal in größerer Stadt d. Uckermark
Grundstück mit Woll- u. Weißwarengeschäft, unmittelbar am Marktplatz eines ukermärkischen Städtchens gelegen 15 500
Preis: 15 500
- Wohn- und Geschäftshaus in verkehrter. Geschäftsgegend einer Stadt der Provinz Brandenburg 18 000
- Gut eingeführte Küchenmöbel-fabrik in Schlef., Nähe Gortlich
Anz. 8 000
Preis: 22 500
- Kolonialwaren-Grundstück mit Drogenhandel und Kamille, 5 Morgen, Exzellenz! Käbe
Neuzettel 5 500
- Geschäftsgrundstück mit Restauration u. Fremdenlogierbetrieb in westl. Universitätsstadt . . 12 000
- Restaurationsgrundstück (Zusatzlokal) in landschaftlich herrorragender Lage bei Kiel 20 000
- 7,5 Tagewerk großes ländliches Anwesen m. Holzerei i. bayerr. Allgäu. Gegenstandsangebot i. Vandwirte, Sommer u. Winter
48 Tagewerk großes Wiesengut im bayrischen Allgäu 10 000
- Vandguthof mit Vandwirtschaft im Recknitztal (Pommern) . . . 10 000
- Willengrundstück, einseh. geschmackvoller Gartenanlage in schönem Baumbestand, 790 qm, in Riela an der Elbe 20 000
- Vandwirtschaft mit angelegte. Kistereibetrieb in der Reumark 19 500
- Kleinere Vandwirtschaft (16 Mg.) in der Reumark
Preis 10 000—12 000

Widprospekte kostenlos durch:

KOCH & Co., Berlin W 10
Dörnbrugstraße 1. Tel.: 82 Lützow 5933.

Zur Abflüßung werden auf gangbares Grundstück in betriebiamer Stadt, in der Nähe von Berlin, zur **K. Stelle**

RM. 5750,—
von Selbstgeber gesucht.

Angebote unter 2632 an das Ostland erbeten.

Kriegswitwe

42 Jahre,
suecht Stellung
in frauenlosem Haushalt zwecks späterer Beirat. Offerten unter 2648 a. d. Ostland erb.

Fräulein

37 Jahre, vom Lande, 10 000 Mark und gute Wisdenschaft, wünscht Briefwechsel mit mittl. Beamten od. gufl. Landwirte. Ang. unter 2642 an das Ostland.

Ostmärker,

trietet unsere Ostbundesbesitzer bei!

Bilanz am 31. Dezember 1931.

Aktiva.		Passiva.	
Ditm. Spars u. Darl.	M. (B)	Ditm. Spars u. Darl.	M. (A)
Kff. (B)	16 83	Kff. (A)	2 148,71
Baufonts	2 050,—	Rezerfons	538,50
Müdt. Gesh.-Anteile	9 559,50	Müdt. Darlehensmjn.	2 992,72
Verlust	19 111,38	fällige Anteile	180,—
		Darlehensfonto	19 673,78
	Ga. 25 533,71		Ga. 25 533,71

Gewinn und Verlust.

Soll.		Haben.	
Verlustvortrag	8. Dez. 1931	Durch Bergleith Seel . . .	1 368,30
Müdt. Darl.-Zinsl. 1931	17 570,74	Zinsenquff. Ditm. Spars- u. Darlehens-Kasse . . .	726,70
Geshäftsunkosten	449,04	Zinsen	0,16
		Abreibung vom Geshäfts-Guthab.-Konto Reit der einzeg. Guthaben und Reit der fälligen Guthaben . . .	3 360,—
		Verlust	13 911,28
	Ga. 19 366,54		19 366,54

Mitgliederbewegung.

Bestand zu Beginn des Geschäftsjahres 25 Mitglieder mit 25 Anteilen			
Abgang im Jahre 1931	7	7	7
Bestand am 31. Dezember 1931	18	18	18

Die Haftsumme beträgt 5400,— M.
Die Geschäftsanteilsomme ist gemäß Beschluß der Generalversammlung abgeschrieben.

Berlin, den 29. Juli 1932.

Gemeinnützige Baugenossenschaft Landesverband Berlin-Brandenburg des Deutschen Ostbundes (E.-V.) e. G. m. b. H.

ges. Water.

ges. P. Kattau.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G. m. b. H.
(Geschädtenhilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin BR 30, Mohlftraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditmöglichkeiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Durch Beschluß zweier Generalversammlungen vom 22. 6. 1932 ist unsere Genossenschaft aufgelöst worden.

Zu Liquidatoren wurden gewählt:

Die Herren
Regierungs-Inspector Thomas Kubis,
Breslau,
Verbandsangeffelter Viktor Seidel,
Breslau.

Die Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert, sich zu melden.
Breslau, den 11. August 1932.
Baufußtritt 15.

Spar- und Darlehenskasse
Deutscher Ostbund
Schlesien i. L.
e. G. m. u. H.

Die Liquidatoren: Kubis Seidel

Für mein Kolonialwaren- u. Delikatessengeschäft suche per 1. September einen

Lehrling.

Sohn achtbarer Eltern mit guter Schulbildung, Bewerber, mit Lebenslauf. (Freie Station!)
Paul Disterwald, Lentschin (Oberbrück), Wartptl.

Wohnhaus

6 Zimmer, Kammer, Küche, Parlogelung, elektr. Licht, unterfelfert, Stall u. Wajshkühe, nebst 1/2 Morg. Garten fol. zu verfauf.

Paul Meyer,
Crossen a. d. Oder,
Stedlung 36.

Grundstück

in allerbesten Lage, nahe der Stadt Crossen a. O. gelegen, sehr zu erhalten, mit 4 Morgen gutem Obst- und Gemüsegarten, passend für jedes Geschäft, sofort preiswert zu verfauf. Werbung an

Dr. Reinhardt,
Crossen a. O., Bücherei.

Verkaufe meine Bäckerlei mit Kolonialwaren

Umjah 18 000 M., Anz. 4000—5000 M. Preis 19 000 M. Eutl. zu verpachten, erforderlich 3000 M. R. Genthel, Görtlich, Reuterstr. 1116

Landwohnung

in d. Nähe v. Brandenburg, 2—3 Zimmer nebst Garten u. Stallung, am Waffer, als Ruheflüß oder i. Handwerker geeignet, billig zu vermicthen. M. Welenberg, Solbenerstr. 10, Brandenburg a. S.